Der Rechtsweg

Dokumente aus dem Archiv für Volkserhaltung und Staatsethik

Nr. 10a

Zum 37. Hiroshimatag und zum
10. Jahrestag der Gründung des FORUM HUMANUM

6. August 1982

DIE WAHRHEIT SIEGT



Der Siegeszug der Wahrheit

Aus einem Aufsatz von

Dr. Mathilde Ludendorff

... Eine Erkenntnis, die Wahrheit ist, also im Einklange mit der Tatsächlichkeit steht, hat sich noch niemals dazu geeignet, sich auf „Gemeinden", „Sekten", „Konfessionen" einzuschränken. Sie verschmäht dies auch. Eine Wahrheit durchdringt, dank ihres eigenen Gehaltes, unaufhaltsam im Laufe der Geschlechter das eigene Volk und die Völker der Erde. Völlig gleich ist es für diese unerschütterliche, unaufhaltsame, allmähliche Durchdringung, was von Feinden der Wahrheit oder von stumpfen und wahnbetörten Seelen geschieht. Nur die Zeit, die es währt, bis die Wahrheit gesiegt hat, wird von ihnen bestimmt. Allerdings kann diese Zeitdauer sehr wohl darüber entscheiden, ob die Rettung des Volkes und der Völker durch die Wahrheit noch möglich ist! Alles Totschweigen, alles Verzerren und Verleumden, alle Gewalteingriffe bewirken diese Verzögerung aber weniger als das Abseitsstehen der Wahnbetörten, der Feigen und der Stumpfen. Denn in dem gleichen Maße als solche Eingriffe die Verbreitung der Wahrheit erschweren, vertieft dieses Treiben die Wirkung auf die Einzelnen, die die Wahrheit aufnehmen. Die lebendige Verbrennung des großen Philosophen Giordano Bruno, die die Priester Roms für den Sieg über seine Lehre hielten, hat zwar seine Weisheit zu weniger Menschen hindringen lassen als ohne diesen Eingriff, aber die Wirkung seiner Erkenntnis auf die wenigen, zu denen sie hindrang, war eine um so tiefere. ...

Eine Wahrheit, die enthüllt ist, zeigt uns also eine göttliche Durchdringungkraft, die unbekümmert ist um alle Fesseln, die Menschen ihr anlegen wollen. Während die hassenden Eiferer noch beraten und beschließen, durch welchen neuen Lug, durch welche neue Lästerung, durch welche Gewalteingriffe sie sie „ausrotten" könnten, hat die Wahrheit sich an einen ganz anderen Ort hinbegeben und Aufnahme gefunden. Und dies alles ohne jedwede Hilfe einer „Organisation", einer „Gemeinde", einer „Sekte". Das kopernikanische Weltsystem, soweit es sich mit der Tatsächlichkeit deckt, drang aller Gewalt zum Trotze durch, niemals aber gab es eine „kopernikanische Sekte", die diesen Sieg hätte erfechten müssen. Wenn sich „Vereine" um den Namen und die Werke eines Philosophen sammelten, so hat sich noch stets bewahrheitet, daß die Wahrheit, die der Philosoph enthüllte, von vielen Mitgliedern solcher Vereine recht sehr mißverstanden wurde, während andererseits außerhalb dieser Vereine viele lebten, die die Wahrheit des Philosophen wirklich erfaßt hatten! Wer einmal eine Wahrheit erkannt hat, stellt sein Leben nach ihr ein, aber bedarf keiner Organisation. Wer aber die Wahrheit noch nicht voll erfaßt hat, kann durch irrige Begründungen dieser Wahrheit sich oft zwischen sie und die Menschen als Hindernis stellen, also das Gegenteil von dem tun, was er möchte.

...Die Wahrheit geht ihren Weg durch ihre eigene Kraft, die sie ihrem Einklange mit der Tatsächlichkeit dankt. Die bekämpfte, totgeschwiegene, verlästerte Wahrheit von gestern ist eine von vielen zugegebene „Möglichkeit" von heute und eine „selbstverständliche Tatsache" von morgen. Wie aber eint sich diese Wirklichkeit mit dem Rat, den ich einmal gab, daß wir „ohne Hoffnung" für die Verbreitung der Wahrheit und für die Überwindung allen Okkultwahns im Volke wirken sollen? Nun, ich sagte ja, daß es vor allem von dem Verhalten der Stumpfen, der Gleichgültigen, der Feigen und der von dem Okkultwahn Betörten bestimmt wird, ob dieses Gestern, Heute und Morgen im Siegeszuge der Wahrheit Jahre oder Jahrzehnte oder Jahrhunderte dauert. Von unserem Wirken für die Aufklärung aber wird bestimmt, ob dieses Gestern, Heute oder Morgen kürzer währt. Niemand von uns kann es also wissen, ob die Wahrheit rechtzeitig siegt, ob der drohende Untergang durch Okkultwahn in unserem Volke und den übrigen Völkern der Erde noch verhütet werden kann. Hegen wir in diesem ernsten Ringen Hoffnungen, weil wir von dem Wunsche beseelt sind, die Wahrheit möge noch rechtzeitig siegen, nun, so ist es unvermeidlich, daß Zeiten kommen, in denen wieder die Hoffnung sinkt und tiefe Niedergeschlagenheit Platz greifen müßte. Auf und nieder würde die Seele schwanken zwischen Hoffnung und Niedergeschlagenheit, und damit würden wir selbst zum Hindernis eines rechtzeitigen Sieges. Nur ein stets sich gleichbleibender, stählerner Wille zum restlosen Dienste an der Wahrheit, ohne jedwede Hoffnungen und Niedergeschlagenheiten, ist dieses Ringens würdig und macht uns hierzu wirklich fähig. ...

Aus: „Am Heiligen Quell Deutscher Kraft";
Folge 20 vom 20.1.1937

Zum Titelbild:
Die Plastik steht am Wall in Bremen;
Aufnahme: Walther Soyka

Kunst im öffentlichen Raum
Bernd Altenstein
Das Ende
Bremen 1979 / 1980

Frau
Nicoll de Bruin
Wendtstr. 22

2800 Bremen

101 Js 2471/80-Ls-

Herrn
Walter Soyka
Wendtstr. 22

2800 Bremen

Amtsgericht Mayen
Geschäftsnummer bitte stets angeben!

Bitte bringen Sie diese Ladung zum Termin mit		
Zutreffendes ist angekreuzt	X	bzw. ausgefüllt

Ihre Geschäftsnummer — Nebenstelle — Datum 30.6.82

Ladung zum Termin am

Wochentag und Datum	Uhrzeit	Raum	Stock (E = Erdgeschoß)	im Gerichtsgebäude
Dienstag, den 26. Oktober 1982	9.00	18	I	5440 Mayen

[x] Hauptverhandlung [ ]

[x] bei dem Amtsgericht [ ] bei dem Landgericht [ ] bei dem Oberlandesgericht

[x] in der Strafsache gegen [ ]

1. Nicoll de Bruin, 2. Walter Soyka

wegen
Verwahrungsbruch

[ ] Anlage 1 Eröffnungsbeschluß

Sehr geehrter Empfänger!

Sie werden hiermit zu diesem Termin geladen und gebeten, rechtzeitig zu erscheinen.

Wenn Sie ohne genügende Entschuldigung ausbleiben, müßte Ihre Verhaftung oder Vorführung angeordnet werden (§ 230 Abs. 2 Strafprozeßordnung).

Sollten Sie nachweislich nicht in der Lage sein, die Kosten für die Hin- und Rückreise aus eigenen Mitteln zu bestreiten, kann Ihnen auf begründeten Antrag eine Reiseentschädigung gewährt werden. Zum Nachweis der Mittellosigkeit ist eine Bescheinigung der Gemeindeverwaltung Ihres Wohn- oder Aufenthaltsortes vorzulegen. Den Antrag auf Gewährung einer Reiseentschädigung können Sie bei der oben bezeichneten Behörde, in Eilfällen auch bei dem für Ihren Aufenthaltsort zuständigen Gericht stellen.

Zu der Hauptverhandlung werden die in der Anklageschrift aufgeführten Beweismittel herangezogen.
Zusätzlich sind geladen worden:

Auf Anordnung des Gerichts sind nicht geladen worden:
Zusatz: Es wird mitgeteilt, daß für evtl. erforderlich werdende weitere Verhandlungstage vorgesehen ~~wurden~~ sind: Donnerstag, den 28.10.82 und Freitag, den 29.10.1982.

Hochachtungsvoll
Auf Anordnung
Justizangestellte

StP 47 Ladung eines auf freiem Fuß befindlichen Angeklagten zur Hauptverhandlung (§ 216 Abs. 1 StPO) – Regelfall – gen. 12.1974 – JVA Diez

Liebe Leserin, Lieber Leser

Wir laden Sie ein, als Zuhörer zur Gerichtsverhandlung ab dem 26.Okt.1982 nach Mayen bei Koblenz zu kommen.

Zu unserer Verteidigung haben wir schon am 20. Juli 1981 dem Amtsgericht u.a. das Buch von Dr. Mathilde Ludendorff "Triumph des Unsterblichkeitwillens" (1921 erschienen) übersandt. Ihm sind die ethischen Beweggründe unserer Tat vom 12.Nov. 1980 zu entnehmen. Sie ergeben sich außerdem aus den folgenden Seiten 705 bis 729. Aus denselben Gründen bezahlen wir keine rechtlich unmöglichen, das heißt n i c h t i g e n Gerichtskostenforderungen aus Plutoniumabwehrprozessen, die grundgesetzwidrig entschieden wurden.

Nicoll de Bruin-Soyka Walter Soyka

Nicoll de Bruin-Soyka
Wendtstraße 22
2800 Bremen 1
Ruf: 0421/76976

Walther Soyka
Wendtstraße 22
D 2800 Bremen 1

An das
Amtsgericht Mayen
5440 Mayen

Bremen, 20. Juli 1982

Betr.: Ersuchen um Reisekostenentschädigung

Zur Geschäftsnummer 101 Js 2471/80-Ls- wurden wir beide für den 26. Oktober 1982 zur Hauptverhandlung nach Mayen geladen.

Wir sind völlig mittellos und beziehen Sozialhilfe: Kopie des Sozialamtsbescheides vom 1.6.1982 anbei.

Wir beantragen für Hin- und Rückreise die vorherige Gewährung einer Reiseentschädigung. Überweisung erbeten auf das Postscheckkonto Nicoll de Bruin-Soyka, Nr. 2877 51 - 606 beim PSA Frankfurt am Main.

- - - - -

Anläßlich der Aktenüberbringung am 3.3.1982 wurden versehentlich die beiden hier mitfolgenden Blätter nicht in die im Behälter 34 befindlichen beiden Aktenordner geheftet, aus denen sie stammen: Die "Einleitung" 1./1 gehört an den Beginn des Textbandes vom Sicherheitsbericht April 1973, (Ordner 13/001 /?/ mit dort eingelegtem Lesezeichen); die "Abb. 2.5.3-3" mit Plutonium-Kurven (Pu 239, Pu 240, Pu 241 und Pu 242) gehört an die ebenfalls gekennzeichnete Stelle im Sicherheitsbericht für Mülheim-Kärlich vom Juli 1980. Wir bitten, nach Kenntnisnahme auch dieser beiden Blätter sie in die beiden bezeichneten Ordner einzulegen.

(Handschriftliche Randnotizen: 1 ./. und 2 ./.)

- - - - -

Der Ordner 05/010 (Brokdorf), den wir hiermit übersenden, gehört in den Behälter 25. Er blieb szt. zurück, weil noch umfangreiche Pläne zusammengeklebt werden mußten. Bitte nach Kenntnisnahme der 318 Seiten den Band 05/010 in den Behälter 25 zu geben.

Hochachtungsvoll

Nicoll de Bruin-Soyka   Walther Soyka



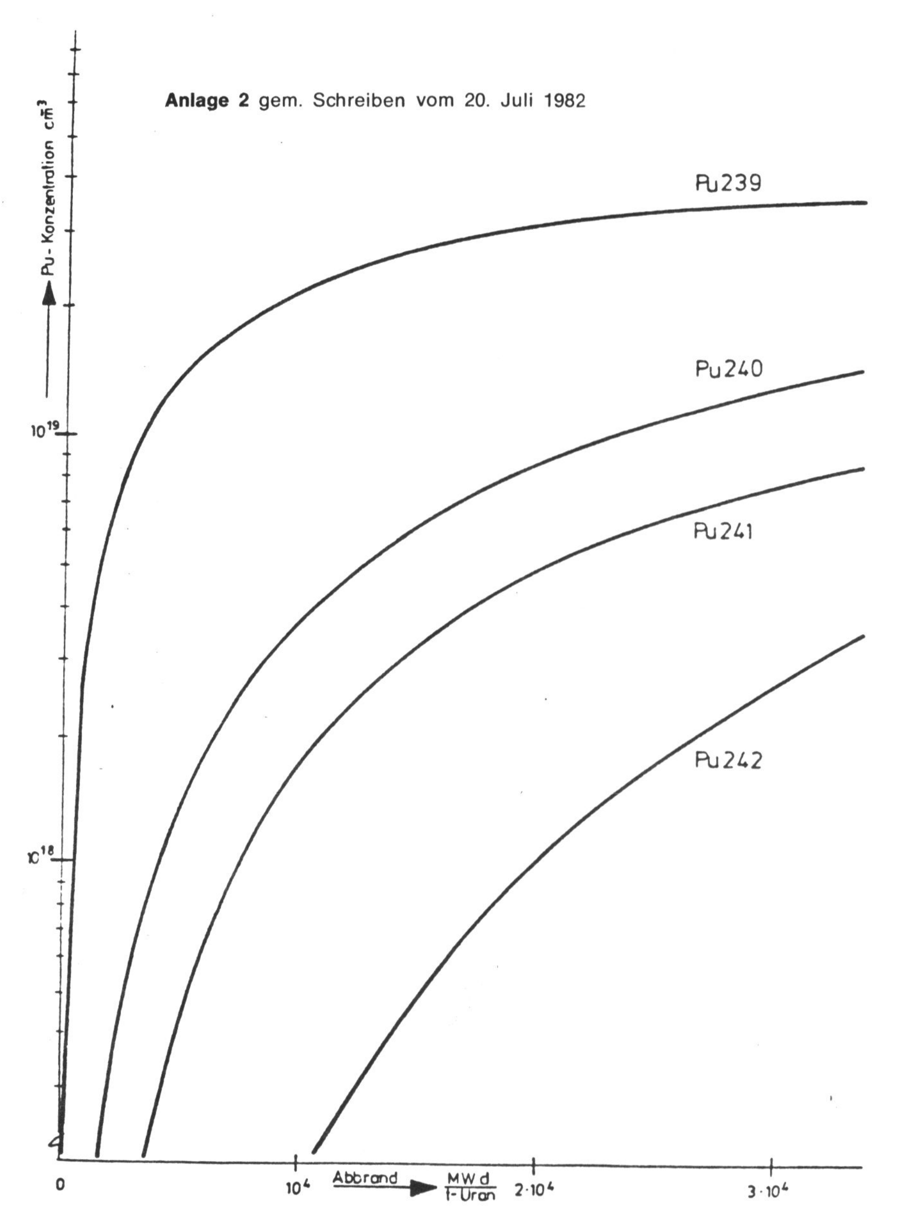
1. Einleitung

Der vorliegende Sicherheitsbericht erläutert ein Kernkraftwerk mit Druckwasserreaktor für eine elektrische Leistung von 1200 MW.

Der Reaktor des Kernkraftwerks hat die Typenbezeichnung 205 FA und gehört zu einer Baureihe, die in drei Baugrößen hergestellt wird. Die Zuverlässigkeit dieser Baureihe, sowohl im Hinblick auf das Sicherheitsverhalten als auch im Hinblick auf das Betriebsverhalten, basiert auf den Erfahrungen mit der Komponentenentwicklung für viele nukleare Dampferzeugersysteme für Kraftwerke und Schiffsantriebe und speziell auf Planung und Bau von 21 Anlagen mit Reaktoren der genannten Baureihe.

Der Zweck des Berichtes ist die Beschreibung mit Erläuterung der inhärenten Sicherheit, der technischen Sicherheitseinrichtungen und des Verhaltens der Anlage bei den verschiedenen Betriebs- und Störbedingungen sowie der Einwirkungen auf die Umwelt. Ferner wird die Anlage, soweit zum Verständnis erforderlich, beschrieben. Der Bericht gibt somit Auskunft über alle sicherheitstechnischen Fragen, die für die Beurteilung der Anlage wesentlich sind.

Stammt aus dem Text-Band des Mü-Kä-Si. Ber. vom April 1973 im Behälter 34 (Ordner 13/001?)



BBC BROWN BOVERI · BBR	Abb. 2.5.3–3
RWE - Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich	
Plutoniumaufbau in Abhängigkeit vom Abbrand	
A A 7/80	701–127.01(100)–3

Stammt aus dem Mü-Kä-Si. Ber.-Band 13/005 im Behälter 34 vom Juli 1980

Zu meiner Verteidigung überreiche ich das anliegende Schreiben meines Mannes, samt 36 Behältern Anlagen

Walther Soyka
Wendtstraße 22
D 2800 Bremen 1

Nicoll von der Dreuin-Vorster Bremen, 2.3.1982

An das
Amtsgericht Mayen
St. Veitstraße 38
5440 M a y e n

Betrifft: Selbstanzeige in der Strafsache 101 Js 2471/80 - 3 Ls

Ihr Beschluß vom 12.Nov.1981 ist in der Darstellung des Sach= verhaltes im Hinblick auf die Ereignisse vom 11. bis 14. Nov. 1980 (durch Notstand gerechtfertigter "Verwahrungsbruch" be= züglich Band 1 und 2 des ergänzenden "Sicherheitsberichtes" für das plutoniumerzeugende Atomspaltwerk in Mülheim-Kärlich) zwar in vielen Einzelheiten korrekter, als die Darstellung in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Koblenz 101 Js 2471/80 vom 26.6.1981. In den mehr als 8 Monaten seit Erstellung die= ser Anklageschrift gewann ich den Eindruck, daß sich die welt= politischen Spannungen derart zuspitzen, daß das Leben und künftige Schicksal unseres Volkes, Europas und möglicherweise der gesamten Menschheit nur noch an einem Faden hängt, dessen Belastbarkeit ich nicht abzuschätzen vermag.

M i r scheint die Unwahrhaftigkeit im Umgang der Regierungen sowohl untereinander, als auch den von ihnen beherrschten Völ= kern gegenüber, j e n e r Ansatzpunkt zu sein, von dem aus der künftige Fortbestand des Lebens und der Menschen und Völker auf Erden b e s s e r als bislang gewährleistet werden könnte. Nämlich dann, wenn allenthalben darauf v e r z i c h = t e t wird, Täuschung, Sachverhaltsentstellung, Fiktionalis= mus und vorsätzliche Unterdrückung der Wahrheit zur Grundlage von Handlungen und Entscheidungen zu machen. Die Folgen des bewußt betätigten W i l l e n s z u r W a h r h e i t auf sich zu nehmen, scheint mir zumutbarer zu sein, als das Auf= sichnehmen der Folgen von Unwahrhaftigkeit. Ich teile Ihnen des= halb mit, daß ich am 12.11.1980 nach etwa halbstündigem Warten im Hause der Verbandsgemeindeverwaltung in Weißenthurm um 13.50 h meine 5 Begleiter aufgefordert habe, mich in das Zimmer zu be= gleiten, in dem in der 2. Etage die beiden "Sicherheitsberichte" vom April 1973 und vom Juli 1980 zur Einsichtnahme ausgelegt waren. Zuvor hatte ich mich alleine in das unversperrte Zimmer

begeben, wo ich die Aktenbände genauso antraf, wie ich sie am Vortag, 11.11.1980 hinterlassen hatte. Mir ging es darum, daß meine Begleiter (Nicoll de Bruin, Wieland Soyka, Roland Boh= linger, Erich Matthies und Karl Wilhelm Mayer) sich p e r = s ö n l i c h davon überzeugen, daß die "Einleitung" zum Textband des Mülheim-Kärlich-Sicherheitsberichtes vom April 1973 (Brown Boveri, Seite 1./1, 201 090-103.09-Dr.Stü/Bi) mit folgen= dem Satz endet:

> "Der Bericht gibt somit Auskunft über alle sicherheitstechni= schen Fragen, die für die Beurteilung der Anlage wesentlich sind."

Nachdem alle den Raum betreten hatten und jeder die von mir auf= geschlagene Seite 1./1 gelesen hatte, fragte ich polemisch: "Was ist der 1200 Seiten umfassende neu ausgelegte Sicherheitsbericht vom Juli 1980 anderes als M a k u l a t u r , wenn dieser Satz vom April 1973 w a h r ist?" Ich ergänzte: "Wenn aber der neue Sicherheitsbericht n i c h t Makulatur sein sollte, dann ist dieser Satz nicht wahr und der alte Sicherheitsbericht ist Makulatur." Meine rethorische Frage stand noch im Raum, als mein Sohn Wieland sagte: "Na dann nehmen wir ihn doch mit." So= gleich darauf sagte Roland Bohlinger: "Aber das geht doch nicht." Wir sahen uns an und ich sagte: " W e n n - d a n n a b e r s o f o r t ." Wieland Soyka nahm einen der beiden n e u e n Bände an sich, zugleich nahm den zweiten ich und gab ihn der im 7. Monat schwangeren Nicoll de Bruin. Ich sagte zu ihr: "Steck ihn unter den Mantel, du bist dann nur wenig dicker als sonst." Dies ging im Bruchteil einer Minute vor sich, wobei ich sagte: "Geht ihr beide" (Wieland Soyka und Nicoll de Bruin) "schon voraus zum Auto, wir kommen dann langsam nach." So geschah es. Im Auto nahm ich die Blätter aus dem Leitzordner, bzw. ließ sie in Plastiktüten umfüllen, weil nicht vorhersehbar war, wie rasch das Fehlen des Sicherheitsberichtes in Weißenthurm bemerkt wird. Bei der Ankunft in Koblenz war die Gerichtsverhandlung schon wie= der im Gang. Einige setzten sich in den Gerichtssaal, andere brachten auf getrennten Wegen die in Plastiktüten umgefüllten Blätter des Sicherheitsberichtes zu einem Gepäckfach am Bahnhof, bzw. von dort zu einer Kopieranstalt, wo ich bis Geschäftsschluß mit dem Kopieren der 1200 Seiten gerade fertig wurde.

Von Anbeginn war allen Beteiligten klar, daß die beiden "Maku=latur-Sicherheitsberichtsbände" dem Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz als B e w e i s m i t t e l auf den Tisch gelegt werden sollen - nur war zunächst Ungewißheit darüber vorhanden, ob bzw. wie und wann dies sinnvollerweise geschehen solle. Mein Sohn Wieland vertrat die Auffassung, daß dies besser erst am Nachmittag des 13.Nov.1980 geschehen solle.

Ich entschied, daß dies im Anschluß an eine Beratungspause des OVG am 13.11.1980, etwa um 11 Uhr vormittags geschieht. Im Ge=richtssaal packte ich in Eile während der Gerichtspause die aus Heidelberg am 12.11.1980 in einem Postpaket an Frau Vowinckel gelangten beiden a l t e n Sicherheitsberichtsbände (April 1973) aus. Ich hatte sie vor Jahren kopiert und leihweise Frau Vowinckel überlassen, die sie an Dieter Teufel bzw. das "IFEU"-Institut in Heidelberg weiterverliehen hatte. Aus Anlaß der Verhandlungen vor dem OVG in Koblenz wegen Mülheim-Kärlich ab dem 11.11.1980 hatte ich Frau Vowinckel aufgefordert, für die raschestmögliche Rückgabe der verliehenen beiden Bände des alten Sicherheitsberichtes Sorge zu tragen. Am 12.11.1980 wäh=rend wir in Weißenthurm die Seite 1./1 mit der "Einleitung" des alten Si.-Ber. lasen, wußte n i e m a n d von uns, daß am selben Tag aus Heidelberg das Postpaket mit den längst ange=mahnten beiden alten Bänden bei Frau Vowinckel ankommen wird. Ohne Rücksprache mit Frau Vowinckel nahm ich am 13.11.1980 das Postpaket morgens mit in das Gerichtsgebäude am Deinhardtplatz. Auf die "Umpackidee" kam ich erst allmählich. H e u t e ist mir klar, daß es f a l s c h war, dem OVG die "Mystifi=zierung" mit dem Packpapier anzutun, das von einem t a t = s ä c h l i c h am Vortag "beförderten" Paket mit zwei Ak=tenordnern stammte. Ich hatte mich damit auf die unqualifizier=tere Kampfesebene eines Prof. Bickel herabbegeben, statt daß ich ihm ein Vorbild gegeben und ihn möglicherweise damit zum Nachsinnen über sein Tun veranlaßt hätte. Es hätte ihn oder seine Kollegen doch die Frage bewegen müssen, wieso bei sechs eigenständigen Deutschen binnen Minutenbruchteilen Einhelligkeit bezüglich des sog. "Verwahrungsbruches" herzustellen war, ob=wohl es sich dabei keineswegs um Leugner des Rechtsstaates ge=handelt hat. Nur die langjährige V o r g e s c h i c h t e macht die "Tat" vom 12.11.1980, bzw. die Einigkeit aller Betei=

ligten nachvollziehbar. Es handelt sich ausnahmslos um Perso= nen, über die Dr. Enrico J a c c h i a , ehemals Direktor der EURATOM-Abteilung "Gesundheitsschutz" in seinem Buch "Atom - Sicherheit und Rechtsordnung" (Eurobuch-Verlag August Lutzeyer, Freudenstadt 1965, S. 50) sagt, daß sie ihrem Ver= halten h ö c h s t e s i t t l i c h e W e r t = v o r s t e l l u n g e n zugrundelegen. Wo rechtstreue Bürger, die das Sittengesetz bzw. die von ihm gezogenen Schran= ken für menschliches Handeln b e j a h e n, unbewachte "Si= cherheitsberichte" mitgehen heißen - da muß es schwerwiegende G r ü n d e dafür geben. Faktisch waren (den inzwischen am 31.1.1981 geborenen Edgar Soyka mitgezählt) vier Altersgene= rationen beteiligt, ohne daß von einer verbindenden gemeinsamen Weltanschauung der Beteiligten ausgegangen werden kann.

Ein US-amerikanischer Sicherheitsspezialist, Generalleutnant Yarlborough erklärte im Mai 1976, daß P l u t o n i u m so gefährlich ist, daß die Bürger "die Freiheitsrechte, die sie jetzt noch so heftig verteidigen, gerne preisgeben werden, wenn sie w i s s e n , wie gefährlich Plutonium ist." Damit meint er, daß grünes Licht für administrativ redundante Vorkehrungen gegen die mißbräuchliche Benützung von Plutonium gegeben werden wird, auch wenn damit die in Jahrhunderten errungenen Freiheits= rechte b e s c h n i t t e n werden. Robert Jungk hat sein Buch "Der Atomstaat - Vom Fortschritt in die Unmenschlich= keit" , dieser Frage gewidmet.

Geht man vom g e l t e n d e n Recht der Bundesrepublik Deutschland aus, so ist die Herstellung von rd. 30 Tonnen Plu= tonium, einem hochgiftigen Element, das in der Natur kaum vor= kommt, i l l e g a l erfolgt. Die mit seinem nicht mehr rückgängig zu machenden Vorhandensein verbundenen S a c h = z w ä n g e rühren an die Fundamente unserer derzeitigen frei= heitlich-demokratischen Grundordnung. Erst im n e u vor= gelegten "ergänzenden" Sicherheitsbericht für Mülheim-Kärlich vom Juli 1980 wurde andeutungsweise, allerdings für Sachunkun= dige nichtssagend, auf die Plutoniumgefahr hingewiesen (siehe Abb. 2.5.3-3 des Aktenbandes 13/005). Zum Beweis dafür, daß sich in rd. 80.000 Blatt von einschlägigen Aktenkopien, die ich im Zusammenhang mit anderen Reaktorprojekten angefertigt habe,

k e i n e r l e i H i n w e i s e auf die Plutonium=
gefahr befinden, die den präzisen Anforderungen

a) von Art. 74, Nr. 11a des Grundgesetzes,
b) der §§ 1 Nr.2 und 7 (2) Nr.3 des Atomgesetzes (Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren vom 23.Dez.1959, bzw. vom 31.Okt.1976, BGBl. I 1959, S. 814, BGBl. I 1976, S. 3053),
c) der §§ 1 und 2 (alt), bzw. 3 und 4 (neu) der "Verordnung über das Verfahren bei der Genehmigung von Anlagen nach § 7 des Atomgesetzes" (BGBl. I S. 310 vom 20.Mai 1960 bzw. BGBl. I S. 280 vom 18. Feb. 1977) und
d) der §§ 2 und 40 (alt) bzw. 2 und 53 (neu) der "Ersten Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Strahlen radioaktiver Stoffe" bzw. "... vor Schäden durch ioni= sierende Strahlen" (BGBl. I S. 430 vom 24. Juni 1960 bzw. BGBl. I S. 2905 vom 13. Okt. 1976) entsprechen, ver= weise ich auf die unten aufgelisteten 266 Aktenordner.

Seit der Staat Israel am 7.6.1981 durch seine Luftwaffe den irakischen Plutoniumreaktor bei Bagdad (Osirak) wegen "bloß" 12 kg Plutonium zerstören ließ, ist weltweit offenkundig ge= worden, was in den Genehmigungsunterlagen sämtlicher bisher in der Bundesrepublik Deutschland errichteten bzw. betriebe= nen Atomspaltwerke, die identisch mit Plutoniumkonversions= anlagen bzw. Plutoniumherstellungsstätten sind, v e r g e b = l i c h gesucht wird. Die V e r h e i m l i c h u n g der Plutoniumgefahr in den bisherigen Genehmigungsanträgen bzw. Unterlagen ist v o r s ä t z l i c h erfolgt, d.h. wider besseres Wissen der Antragsteller.

Darauf habe ich auch im Verfahren meiner Frau Nicoll vor dem Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz hingewiesen, o h n e daß dies die rechtlich gebotenen Folgerungen hier= aus gezogen hat, nämlich die r e c h t l i c h e U n = m ö g l i c h k e i t von erlisteten Scheingenehmigungen festzustellen. Auf die Kette von Sachzwängen detailliert ein= zugehen, die schlußendlich zur Aufhebung der freiheitlich-de= mokratischen Grundordnung führen werden, wenn ihnen nicht doch noch Einhalt geboten wird, behalte ich mir vor. Zunächst ver= weise ich auf die in der Anlage überreichten Aktenkopien gemäß der hier folgenden Aufstellung:

An das Amtsgericht Mayen zu 101 Js 2471/80 2.3.1982 (6)

Projekt Nr:	Standort der Plutoniumkonverter (Atomspaltreaktoren)	Akten-behälter Nr:	Ordneranzahl je Behälter	Ordneranzahl insgesamt:	Blattzahl je Ordner	Blattzahl insgesamt:
01	Esenshamm	1	8		2 230	
01	Esenshamm	2	8		1 920	
01	Esenshamm	3	7		2 967	
01	Esenshamm	4	8		3 104	
01	Esenshamm	5	8		2 314	
01	Esenshamm	6	7		2 257	
01	Esenshamm	7	8		3 030	
01	Esenshamm	8	8		2 256	
01	Esenshamm	9	7		1 699	
01	Esenshamm	10	7		2 507	
01	Esenshamm	11	7	83	2 663	26 947
02	Stade	12	8		2 125	
02	Stade	13	8		2 372	
02	Stade	14	9		1 793	
02	Stade	15	8		2 205	
02	Stade	16	7		2 168	
02	Stade	17	7		2 702	
02	Stade	18	8		1 422	
02	Stade	19	7		1 928	
02	Stade	20	7		2 110	
02	Stade	21	8		1 595	
02	Stade	22	8		2 301	
02	Stade	23	8	93	1 868	24 589
05	Brokdorf	24	7		2 003	+ 318
05	Brokdorf	25	6 +1	13 +1	2 356	4 359
06	Brunsbüttel	26	7	7	2 476	2 476
07	Grafenrheinfeld	27	5	5	1 469	1 469
08	Grohnde	28	7		1 927	
08	Grohnde	29	8		2 159	
08	Grohnde	30	8		2 216	
08	Grohnde	31	8		2 433	
08	Grohnde	32	8	39	1 624	10 359
12	Lingen	33	4	4	1 458	1 458
13	Mülheim-Kärlich	34	5	5	1 881	1 881
17	Philippsburg	33	3	3	1 395	1 395
18	Würgassen	34	3		882	
18	Würgassen	35	7	10	2 277	3 159
19	Wyhl	36	1	1	276	276
22	Hamm-Uentrop	36	1	1	409	409
33	Ferner: Ahaus-ZBEZ (Zentrales Brennelement-Zwischen=lager)	36	1	1	493	493
	I n s g e s a m t :	36 Akten-behälter		265 +1 Ordner 266		+ 318 79 270 Blatt

(Brokdorf-Ordner 05/010 mit 318 Blatt nachgereicht am 20.7.1982) 79 588

Die 6 Seiten umfassende Einzelaufstellung, die dem Amtsgericht Mayen am 3.3.1982 überreicht wurde, ist hier nicht abgedruckt.

20. Juli 1982, 38. Jahrestag der Widerstandsaktion 1944 *Walther Soyka*

Zeitschrift für Der Quell Geistesfreiheit

Folge 4 23. 2. 1958 10. Jahr

Wie wird die Atomgefahr überwunden?

Von Dr. Mathilde Ludendorff

Da meine philosophischen Werke auf unserem Sterne dank der Erkenntnis des göttlichen Sinnes unseres Seins und dank aller Erstenthüllungen der Vollkommenheit der Gesetze des Weltalls den Völkern der Erde noch einmal die freie Wahl geben, diese Einsicht zur Überwindung der Todesnot des Gottesbewußtseins auf unserem Sterne zu verwerten, ist es nur zu begreiflich, daß wenn überhaupt Abhandlungen in unserer Zeitschrift die Atombombengefahr für Gegenwart und Zukunft berühren, nicht nur das Ob, sondern auch das Wie der Überwindung dieses Verbrechens an den vollkommenen Gesetzen, die als Fürsorge der ganz auf sich selbst in gefahrreicher Umwelt gestellten Menschengeschlechter geschenkt sind, um das Schöpfungsziel zu ermöglichen, von denkbar großer Bedeutung ist.

Das Ob der Überwindung der entsetzlichen Gefahr für die Lebewesen und ihre Nachkommen ist uns natürlich auch unendlich wesentlich, deshalb haben meine Worte im Quell die Hilfe in diesen Fragen allen Lesern immer wieder sehr ans Herz gelegt! Das Wie der Überwindung dieses Verbrechens aber wird sehr viel darüber entscheiden, ob die herrschende Todesnot des Gottesbewußtsein auf unserem Sterne noch überwunden wird. Denn wenn ethische Beweggründe hierbei von seiten der Regierungen und der Völker mithelfen, wird zugleich hiermit ein gottwidriges Handeln, skrupelloser Mißbrauch mit anvertrauter Macht, eingedämmt werden können. Das aber muß vor allem unserem armen zerstückelten Volke nun umso mehr am Herzen liegen, als ja die derzeitige Regierung der Westrepublik sich für alle Zukunft vor der Geschichte dadurch ausgezeichnet hat, ihre Empörungen öffentlich darüber auszusprechen, daß die 18 Atomphysiker in Göttingen erstmals den Befehlen hintergründiger Weltregenten den Gehorsam verweigert haben und die unerhörten Gefahren, in welche die Menschen dieses Sternes durch die von Menschen angewandte künstliche Atomzertrümmerung geraten sind, sehr scharf anprangerten! Da wir nun zu diesem Teil des zerstückelten Deutschlands gehören, das sich durch solches Ereignis vor den Völkern gezeigt hat, ergibt sich für uns noch eine vervielfachte Notwendigkeit, das Äußerste zu tun, um die Wahrheit, die von der Forschung (in Deutschland erstmals von Prof. Bechert in Mainz) gegeben wurde, zu verbreiten. Mit solcher

Hilfe, die hoffentlich niemals bei uns aussetzen oder nur nachlassen wird, helfen wir zugleich auch, daß die Naturwissenschaft die eine ihrer beiden hohen Aufgaben erfüllen kann. Dies ist die gewissenhafte Warnung der Naturwissenschaftler vor jeweils erkannten großen Gefahren für die Gesundheit der Lebenden und ihrer Nachkommen. Mit großer Freude konnte ich in unserer Zeitschrift „Der Quell" schon feststellen, wie mit jedem Tag ihr Wirken in dieser ernsten Aufgabe bezüglich der Atomgefahr anwächst. Allerdings möchte ich nicht ganz verschweigen, daß wir auch wieder wie in anderen Fällen feststellen müssen, daß die Weltmachtfreudigen, die solche, ihnen höchst unwillkommene Aufklärung nun nicht mehr wie bisher verhindern können, wenigstens die Auswirkungen zu mindern bestrebt sind, ohne daß die Helfer an der Aufklärung es überhaupt merken. Hierfür möchte ich wenigstens ein Beispiel nennen. Ich habe schon mitgeteilt, daß in Detmold sich vor Jahresfrist der „Kampfbund gegen Atomschäden" organisiert hat, der in seiner Zeitschrift „Das Gewissen" eine Reihe zündender Abhandlungen schreibt, so z. B. unter dem Titel „Menschheit in tödlicher Gefahr", „Atomschutz-Utopie", oder „Die saubere H-Bombe bleibt genau so unsauber wie ihre Erfinder und Anbeter".

Die Organisation und diese Zeitung wurden in ihrer Auswirkung dadurch noch unterstützt, daß sie Dankschreiben von Prof. Dr. Bechert, Mainz, ferner von Albert Schweitzer und von Dr. B. Manstein empfingen und veröffentlichen konnten. Aber auf der letzten Seite ihrer Juli/August-Folge 1957 macht die Zeitung die Mitteilung, daß sich im Mai 1957 schon 28 Organisationen angeschlossen haben. Sie zählt sie alle gewissenhaft auf und beachtet offenbar gar nicht, daß etwa 15 der aufgezählten Organisationen wegen ihrer völligen Nichtbeachtung der fachmedizinischen Ernährungskenntnisse von jenen hintergründigen Weltbeherrschern, die die Atomzertrümmerung ganz unbekümmert um die großen Gefahren für die Völker der Erde weitertätigen möchten, nun im ganz umgekehrten Sinne gegen diesen Kampfbund verwertet werden können. Nun kann man es wagen, über diesen unbequemen Aufklärer zu lächeln. Meine jahrzehntelange Lebenserfahrung im Abwehrkampfe an des Feldherrn Seite gegen alle diese Weltmachtfreudigen haben mich solche Kampfmethoden des öfteren erleben lassen, so daß ich nicht sehr daran zweifle, wer denn dafür gesorgt hat, daß gerade solche Organisationen sich anschlossen!

Wird hier ein ethischer Wille der Abwehr des Atomverbrechens hintergründig in der Auswirkung gemindert, so sehen wir eine ganz andersartige, mir aber auch aus langem Abwehrkampf wohl vertraute Minderung der Aussicht, die Todesnot des Gottesbewußtseins auf unserem Sterne zu überwinden. Der Weihbischof von Chikago, Bernhard J Shell D. D., dessen Rede uns in der Nummer 14/158 Juli 1957 von dem American-Preß-Service wörtlich wiedergegeben ist, ist in dieser Hinsicht interessant. Die Rede hielt er auf der nationalen Konferenz der Christen und Juden bei dem Bankett der Brüderschaft der Staaten Connecticut und West-Massadschusets, wo er den Preis „der menschlichen Beziehungen" erhalten hatte. Er

versucht, eine recht kühne Umkehr der Tatsächlichkeit. Die Lehre, die einst so viele aus ihrer in ihrem Erbgut erhaltenen Art des Gotterlebens entwurzelt hat, die sie zur Schafherde kollektivierte, deren Stolz sie zerbrach und deren Verlust ihres Freiheitswillens sie erwartete, so daß unser großer Freiheitsdichter Schiller in seinem Drama „Don Carlos" ins helle Licht stellte, bis zu welchem Ausmaße dies alles im Mittelalter geschah, die Lehre, die in meinem jetzt wieder erschienenen Werke „Erlösung von Jesu Christo" ins helle Licht der Gotterkenntnis gestellt worden ist, wird von diesem Weihbischof Shell als Retter vor der Kollektivierung, vor der Entpersönlichung und von der Atombombengefahr gefeiert:

„Aus jeder Untersuchung des heutigen Geschehens taucht das Bild einer ständigen sich zernagenden Entpersönlichung des Menschen empor. Der Mensch läuft Gefahr, seine Persönlichkeit und seine Bedeutung als das einzige unwiederholte Geschöpf Gottes zu verlieren. Die deutlichen Umrisse des Menschen als eines Individuums beginnen in schwankende, beinahe nicht mehr erkennbare Linien des Massenmenschen, des Organisationsmenschen oder des Konformisten zu zerfließen. Das ist nicht, ich versichere Euch, ein Geschöpf Gottes. Es ist das vielmehr das Ergebnis blinder Kräfte, die keine Geschöpfe sondern Karikaturen erzeugen.

Wenn man ein einzelnes Beispiel zur Erläuterung dessen, was ich die Entpersönlichung des Menschen nenne, suchen würde, könnte man es in den neuesten fliegenden Geschossen finden. Hier sehen wir ein vollkommenes, in fließenden Linien gehaltenes Symbol unserer technologischen Gesellschaft, das nicht mehr auf den Wohlstand der Menschheit, sondern auf die nackte Macht gerichtet ist. Es ist so unpersönlich und anonym, wie irgend ein unbekannter Planet aus einer unbekannten Welt. Für einen unwissenschaftlichen Laien säet es Schrecken, Verwüstung und die Möglichkeit des Todes der Menschheit. Das ist aber nicht alles. Es hebt die historische Tatsache hervor, daß das menschliche Leben seine überlieferte Bedeutung in dem Meer der unpersönlichen Kräfte, in dem Weltall der Symbole, verliert, das für den gewöhnlichen Menschen keine Wärme, keine Lebenskraft, ja sogar keine Bedeutung besitzt. Kann man sich wundern, daß der einzelne Mensch sich in einer Welt verloren und unsicher fühlt, die, menschlich gedacht, von jeder Bedeutung entblößt ist...

Es gibt auch andere Wissenschaften, die in gleicher Weise derselben Gefahr ausgesetzt sind. Das fiktive Geschöpf, das sich aus der modernen Biologie, Psychologie, Soziologie oder Volkswirtschaftslehre ergibt, hat mit dem Menschen im überlieferten Sinne des Wortes wenig Ähnlichkeit. Es ist das ein unverständiger Mechanismus, ein Laboratoriumsversuch, ein Einzelner in der einsamen Masse, eine von den Zahlen der öffentlichen Abstimmung oder ein schattenhafter Bewohner des Lebensmittelmarktes. Man kann ihn analysieren, nach Kategorien einstufen, reizen, befriedigen. Man kann ihn in Statistiken und Tabellen sichtbar machen, in Diagrammen zeigen, mit Nadeln auf Karten bezeichnen. Für einen doktrinären Verstand, der in den engen Grenzen einer einzelnen Wissenschaft gefangen ist, ist der Mensch alles außer dem, was er wirklich ist, nämlich außer einer individuellen Persönlichkeit."

Da der Weihbischof auch diesmal wieder in seiner Rede gar manches wahre und tiefe Wort spricht, wirkt sich natürlich das, was wir gründlich ablehnen müssen, umso sicherer aus. Gegen Ende sagte er nämlich:

„Wir sind die Erben einer langen historischen Überlieferung, die sich auf den jüdisch christlichen Begriff des Menschen stützt. Dieser Begriff erkennt den Wert, die Würde und die Unantastbarkeit der menschlichen Person an und konzentriert sich auf

ihm. Es ist richtig, daß er nicht die Möglichkeit der Vollkommenheit des Menschen verkündet. Die Klugheit hindert ihn daran, denn er weiß darum, daß die Lehre, der Mensch könne die Vollkommenheit erreichen, zu oft sich auf die Verleugnung der Doppelwertigkeit des Menschen stützt, auf die Verneinung der Möglichkeit des Bösen, die im Menschen schlummert. Die Erfahrung, die unsere Welt in der Zeit der letzten Generationen gemacht hat, liefert ein genügendes Zeugnis dafür, wie klug dieser Begriff des Menschen ist. Er verkündet überdies, daß der Mensch ein Geschöpf Gottes ist und deshalb seine letzte Bedeutung und Bestimmung außerhalb der Geschichte findet.

Dieser überlieferte Begriff des Menschen dauerte trotz vieler Übergriffe und Verirrungen bis zu unserer Zeit. Er ist auch heute noch anwesend und lebendig in dem Stoff, aus dem unsere Zivilisation geschaffen wurde. Heute steht er vor einer Krise. Er ist bedroht und sogar kampfbereit. Er ist aber nicht vernichtet. Vielleicht sind wir es gerade, die zugelassen haben, daß unser Glaube in seine dauernde Lebenskraft schwach wurde.

Es ist das keine zu große Phantasie, zu denken, daß jedes Jahrhundert, vielleicht auch jede Generation, ihre eigene Aufgabe hat, die sie fördern oder vollenden muß. Unsere Aufgabe besteht vielleicht in dieser Rückkehr zur Überlieferung, in dieser Erneuerung des Menschen. Es ist das ganz gewiß eine schwierige Arbeit, die zum Kampfe auffordert. Zu ihrer Vollendung sind sowohl menschliches Wissen als auch tiefer Mut nötig.

Das menschliche Wissen fordert, daß wir an die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit vom Standpunkte des Menschen aus herantreten. Das bedeutet, daß alle unsere Einrichtungen und Institutionen auf das Wohl des Menschen gerichtet sein, daß sie seine Würde schützen, daß sie jedem Individuum die Möglichkeit zur vollen physischen, kulturellen, moralischen und geistigen Entwicklung bieten müssen. Es ist das eine schlechte Philosophie und eine arme Religion, wenn man der Ansicht ist, der Mensch könne sich in Unwissenheit und Armut gut entwickeln. Die Tatsache allein, daß er ein Abbild Gottes ist, widersetzt sich einer solchen Voraussetzung. Denn der Mensch hat einen Intellekt, der das Wissen sucht, und einen Willen, der nach dem Guten strebt. Damit sie diese ihre Ziele erreichen können, müssen sie die Atmosphäre der Freiheit und der Gelegenheit dazu haben. Ohne sie welkt und stirbt der Geist des Menschen.

Es ist das keine utopische Denkart und auch kein glitzerndes Ideal. Es ist das eine wirklichkeitstreue Einschätzung der Möglichkeiten in unserer Gesellschaftsordnung. Doch nur dann, wenn die Philosophie des Menschen unsere Wissenschaft, unsere Technologie und unsere Politik durchdringt, und wenn sie sich in die wesentliche Struktur unserer Gesellschaft so eingräbt, daß jene eine Abbild dieser Philosophie wird."

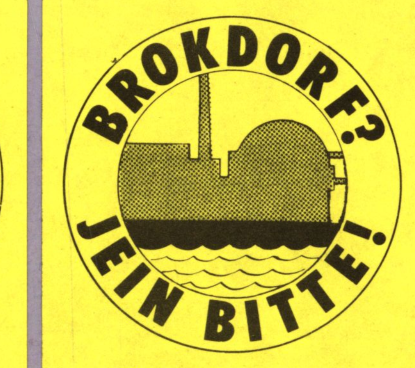
Man denke nach diesen Worten an Schillers Drama „Don Carlos", an Marquis Posas Worte! Der „alleinseligmachende christlich-katholische Glaube" soll diese rettende Philosophie sein. Sie soll dem Menschen seine Würde, seine Freiheit, seine Einzigart als Persönlichkeit retten, den Kollektivismus, die herzlosen Weltmachtpläne und die Atomgefahr überwinden! Wo bleibt hier die Verpflichtung, den Willen zur Wahrheit über jedem Worte walten zu lassen?

Wenden wir uns nun der zweiten Aufgabe der Naturwissenschaft zu, die — wie ich dies schon in unserer Zeitschrift ausführte — gemeinsam mit

ihm. Es ist richtig, daß er nicht die Möglichkeit der Vollkommenheit des Menschen

dem heiligen Amte der Gottvertretung des Menschen es überhaupt erst be-

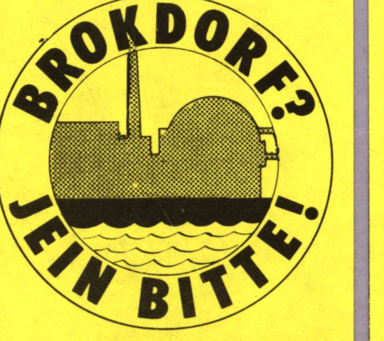
BROKDORF? JEIN BITTE!



Der Hamburgische Bürgermeister
von Dohnanyi zu Brokdorf:

„Wir gehen den klassischen Reformweg. Aber er ist schwer zu erläutern gegenuber denjenigen, die gerne Sprunge machen."

MP, 28. April 1982



Der Hamburgische Bürgermeister
von Dohnanyi zu Brokdorf:

„Wir gehen den klassischen Reformweg. Aber er ist schwer zu erläutern gegenuber denjenigen, die gerne Sprunge machen."

MP, 28. April 1982





Der Hamburgische Bürgermeister
von Dohnanyi zu Brokdorf:

„Wir gehen den klassischen Reformweg. Aber er ist schwer zu erläutern gegenuber denjenigen, die gerne Sprunge machen."

MP, 28. April 1982

Ich bestelle Aufkleber: "Brokdorf? Jein bitte!"
40 St.= 8.- ‖ 80 St.= 12.- ‖ 800 St.= 100.- DM

DIE WAHRHEIT SIEGT



Zum 37. Hiroshimatag und zum
10. Jahrestag der Gründung des FORUM HUMANUM

Ich bestelle Aufkleber: "Die Wahrheit siegt"
40 St.= 8.- ‖ 80 St.= 12.- ‖ 800 St.= 100.- DM

die — wie ich dies schon in unserer Zeitschrift ausführte — gemeinsam mit

dem heiligen Amte der Gottvertretung des Menschen es überhaupt erst bewirkt, daß dieses Weltall trotz der sinnvollen eingeborenen Unvollkommenheit des Menschen mit all ihren unheilvollen Auswirkungen seine Vollkommenheit gewahrt sieht. Schon mehrfach habe ich in unserer Zeitschrift mit großer Freude feststellen können, daß die Naturwissenschaft zur Stunde schon herrliche Forschungsfrüchte gezeitigt hat, die der künstlichen Atomzertrümmerung die letzte Hülle einer Scheinberechtigung nimmt. Behauptete sie, die Energiequelle der Atomzertrümmerung zu friedlichen Zwecken deshalb unbedingt zu benötigen, weil sonst in etwa 150 Jahren die Menschen aus Mangel an Energiequellen verhungern müßten, so erfuhren wir, daß die Naturwissenschaft indessen Energie durch Kernverschmelzung, ferner durch kalte Verbrennung, vor allem auch die von ihr nun erreichte Verwertung der Sonnenenergie zum Aufbau von Zucker, also in Ergänzung der Leistung des Chlorophylls der Pflanzen, die Menschheit in Zukunft vor dem Hungertode retten könne. Damit aber hat die Naturwissenschaft ihre Würde gerettet und ihre zweite heilige Aufgabe erfüllt. Dieses Amt hat sie auch dadurch noch gekrönt, daß sie auf ganz neuartige Weise das Sonnenlicht verwertet, völkerrettende Energiequellen damit erschließt, die kein einziges vollkommenes Gesetz des Weltalls frevlerisch gefährden. So können wir denn auch in der Nr. 23 vom 10. 11. 56 der „Eisenwarenzeitung" unter dem Titel „Atomenergie schon überholt?" folgendes lesen:

„Als unlängst in einer vertraulichen Sitzung gewichtige Persönlichkeiten der Wall Street, also des Börsen- und Finanzzentrums der Weltwirtschaft, ihren wissenschaftlichen Ratgebern die Frage vorlegten, welche Energiequellen – Uran, Wasser, Kohle und Erdöl – in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren die höchsten Gewinnchancen besäßen, antworteten die Energie-Spezialisten: die Sonnenkraft. Mit diesem einen Wort kündeten sie die neuen Entwicklungswege an, die die Menschheit in bezug auf die Energieproduktion zu beschreiten im Begriff ist. Und die Atomenergie? Gilt sie bereits als überrundet, überholt, ehe sie vollends Wirklichkeit geworden ist? Die Sonne meint es besser mit uns als das Uran . . .

So wurde es ‚sonnenklar', daß das Licht, die Sonne, maßgebend und verantwortlich war für die großartige Photosynthese, d. h. den Vorgang der Umwandlung von Kohlenoxyd und Wasser in Kohlehydrate und freien Sauerstoff in grünen Pflanzen. Das geschah in der wirksamsten Form bei Temperaturen zwischen 3 und 30°. Als Starter für den unheimlichen Chlorophyll-Motor in den Pflanzen wirken Mangan und Eisen, die vom Licht aus den Pflanzenwurzeln heraufgezogen werden.

Aber in bezug auf die Photosynthese konnte man bald ausrechnen, daß sie nur ein Prozent der auf die Pflanzen fallenden Sonnenenergie auswertet.

Man konnte mit dem Rechenstift und durch kluge Überlegungen bald ermitteln, daß pro Hektar der Erdoberfläche soviel elektrischer Strom, soviel Energie eingestrahlt wird, die einen durchschnittlichen Strompreis von einer Million DM pro Jahr ergibt.

Von den damaligen Überlegungen und Berechnungen bis zur heutigen Herstellung von Sonnenmotoren war allerdings ein weiter Weg. Aber heute ist es soweit, daß Professor Robert Emerson kürzlich erklären konnte: ‚Die Sonnenenergie ist besser, billiger und ungefährlicher, als es jemals die Atomenergie sein oder werden kann. Die Entdeckung der Auswertung der Sonneneinstrahlung wird bereits innerhalb der

nächsten zehn bis zwanzig Jahre in ihren Konsequenzen eine stärker revolutionierende Wirkung haben als die Spaltung des Uran-Atoms. Denn die Atom-Energie wird nur solange greifbar bleiben, als die Uran-Vorräte reichen. Die Sonne aber wird solange strahlen, wie — Menschen auf der Erde wandeln.'

Vor einiger Zeit sprach man noch davon, für den Hausgebrauch kleine Atombatterien herzustellen, deren Energie ausreichen würde, sämtliche Energieanlagen einschließlich der Raumheizung in einem normalen Wohnhaus zu speisen. Aber man war sich im klaren darüber, daß die ‚Brenner' solcher Atombatterien unter Umständen gefährliche radioaktive Ausstrahlungen haben könnten, gegen die man sich bestenfalls mit Hilfe dicker Graphitblöcke zu schützen vermöchte.

Dieser Gedanke ist schon überholt. In allen südlich gelegenen Ländern planen die Energiewirtschaftler Sonnenmotoren, Sonnen-Energiespeicher, die für verschiedenartige Zwecke Verwendung finden sollen. Hochöfen, die nur mit Sonnenenergie betrieben werden, sind in Australien und Südindien im Bau."

Bei all unserer großen Freude über diese Leistung der Naturwissenschaft, die die Gefahren des Mangels an Energiequellen in der Zukunft überwindet, lassen wir aber unseren so innigen Wunsch einer Überwindung der Atomgefahr aus ethischen Gründen, die also zugleich auch Hilfe zur Überwindung der Todesnot des Gottesbewußtseins sein können, nicht zurückstehen. Wir würden also nicht begrüßen, wenn die Verwertung der Atomzertrümmerung überholt wird durch die Gewinnsucht der Weltmachtfreudigen, die heute schon erkennen müssen, daß sie die Milliarden-Investitionen für Atomreaktoren für friedliche Zwecke nun bedroht sehen, weil die Naturwissenschaften dank ihrer Fortschritte nun viel „billigere Energien" ankündigen können.

Unsere Aufklärung, die eine ethisch begründete Überwindung des Verbrechens der Atomzertrümmerung ersehnt, wird also durch die genannten Tatsachen aufgefordert, umso eifriger und umso rascher durch niemaliges Nachlassen der Aufklärung über die Atomgefahr die ethische Überwindung möglichst zu stärken, so daß die Gewinngier der Weltmachtfreudigen bei dieser Überwindung nicht den Ausschlag gibt! Solches Erkennen ist der tiefste Sinn dieser meiner Worte in unserer Zeitschrift.

Das im selben Quell-Heft 4/1958 angekündigte Flugblatt wurde damals von Walther Soyka in großen Mengen verbreitet:

Atomtod droht uns allen!

Der Bund für Gotterkenntnis (L) e. V. richtet nach langer Überlegung ein Flugblatt gegen die Gefahren der mißbrauchten Atomentwicklung an alle ernsten und denkenden Menschen. Zur Verbreitung des Blattes bittet er alle Freunde und auch die Leser des „Quell" um Hilfe. Ein besonderes Anliegen ist, daß sein Inhalt verantwortlichen Stellen und Persönlichkeiten des deutschen Volkes bewußt wird. Es gilt nun, mit aller Kraft und zum letztmöglichen Zeitpunkt die die Atomwissenschaft begleitenden Verhängnisse vorzuweisen und — das Geistesgut kundzutun, das die notwendige Widerstandskraft gegen den drohenden Atomtod geben kann.

Ein Aufruf an alle Verantwortlichen!

An alle denkenden Menschen!

Atomtod droht uns allen!

Gibt es einen Weg zur Rettung? – Ja . . .

Atomtod droht uns allen!

Gibt es eine Rettung?

Voll banger Sorge starren heute Millionen und Abermillionen Menschen in allen Ländern auf jene unvorstellbare Kraft, die menschlicher Geist in den Atomen entdeckt und technisch zu beherrschen gelernt hat. Statt aber der Menschheit zum Segen zu werden, droht die Anwendung dieser bewundernswerten wissenschaftlichen Leistung in Atom- und Wasserstoffbomben unfaßbares Unglück zu bringen. Der Atomkrieg, einmal entfesselt, vermag alles Leben auszulöschen, sei es begrenzt in einem „kleinen" Krieg, etwa a' Koreakrieg auf deutschem Boden, oder unbegrenzt in einem die ganze bewohnte Erde umfassenden dritten Weltkrieg. Darüber gibt es unter einsichtigen Menschen keinen Zweifel mehr. An die Stelle bisheriger Kriege ist kaltblütige Vernichtung durch Massenmordmittel getreten. Fachleute schätzen den heutigen Bestand an fertigen Atom- und Wasserstoffbomben auf rund 50 000 Stück — fünfzigtausend! —. Die Auslösung nur eines Bruchteiles davon würde alles Leben zerstören, ganze Länder unbewohnbar machen. In größerer Umgebung der Atomexplosionen würden die Menschen sofort getötet, in weiterer Entfernung stürben sie nach qualvollem Siechtum oder würden das Opfer entsetzlicher Erbschäden. An keinem Ort der Erde blieben sie verschont!

Während das Atombomben- und Raketenwettrüsten der beiden großen Machtblöcke in ständig steigendem Maße die Welt in Atem hält, flüchten viele Menschen in den Wahn, das Bereitliegen der Atom- und Wasserstoffbomben gebe eine Gewähr dafür, daß kein Atomkrieg ausbräche, weil es weder Sieger noch Besiegte geben werde und niemand von den Mächtigen Selbstmord begehen wolle. Der wirklichen Lage dürften vielmehr Befürchtungen ernst zu nehmender Politiker entsprechen, wonach der machtpolitische Wettstreit der beiden großen Blöcke zu einer solchen Steigerung der Angst- und Abwehrkomplexe führen könnte, daß eine Entladung unvermeidlich wird. Schon heute befinden sich Patrouillen-Flugzeuge ständig in der Luft ur tragen dabei Wasserstoffbomben an Bord. Wie leicht kann da bloß durc ein Mißverständnis in der Befehlsübermittlung, durch Versagen der Nerven oder auch durch bösen Willen der Weltbrand entfesselt werden!

Lehrt nicht die Geschichte, daß Wettrüsten noch jedesmal zum Kriege führte, wenn ihm nicht Einhalt geboten wird? Die nicht abreißenden, mit Zündstoff geladenen politischen Spannungen in aller Welt, überraschende Änderungen der politischen Lage, die wachsende Unterordnung allen politischen Handelns unter militärische Gesichtspunkte, die ungeheuren Lasten der Rüstungen sind nur zu sehr geeignet, eine solche Entwicklung zu beschleunigen.

Wir sind davon überzeugt, daß viele der für die Vorbereitung des Atomkrieges Verantwortlichen ihn verabscheuen, aber angesichts der Rüstung der als künftiger Kriegsgegner gefürchteten anderen Atommacht keinen anderen

Ausweg sehen, als sie in der Atomrüstung einzuholen und möglichst zu überholen. Aber das führt ja immer nur tiefer in eine Sackgasse, aus der es kein Entrinnen gibt. Ist wirklich kein Ausweg aus dieser entsetzlichen Lage zu finden?

Das Gewicht geistiger Mächte

Vor einer Antwort auf die Frage nach einem Rettung verheißenden Weg müssen wir noch eine andere Seite menschlichen Handelns berühren, die den Ernst der Lage noch deutlicher macht, aber nur zu oft umgangen oder übersehen wird. Der Mensch handelt nach seinem Gewissen, und besonders bei denjenigen, in deren Händen die schwere Verantwortung für die Entwicklung und den Einsatz der Atom-Massenmordmittel liegt, möchten wir als selbstverständlich annehmen, daß sie nur im Einklang mit ihrem Gewissen zu handeln fähig sind. Wodurch wird aber das Gewissen im wesentlichen geformt? Doch durch die Religion oder Ideologie oder Weltanschauung, der man sich nach ernster Prüfung verpflichtet weiß. Der Leser möge verzeihen, dies hier berührt zu finden; doch hoffen wir, daß er am Schluß mit uns die Notwendigkeit dazu im Zusammenhang unserer Frage nach einem Ausweg aus der so gefahrvollen Lage bejaht.

Zwei Äußerungen amerikanischer Staatspräsidenten unterstreichen die Bedeutung der Gewissensfrage. Harry Truman verkündete als Präsident der USA im Jahre 1945 nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki (der Abwurf geschah im Befehlsbereich General Norstads, des heutigen Oberbefehlshabers der Nato):

„Wir haben die Atomkraft entdeckt, entwickelt und in dieser Bombe angewandt in Übereinstimmung mit dem Willen und den Plänen Gottes!" (So Abgeordneter Nellen (CDU) im Deutschen Bundestag 1956.)

Und Präsident Dwight Eisenhower sagte in einem Trinkspruch bei dem Staatsbankett zu Ehren der Königin Elisabeth II. von England im Weißen Hause am 17. 10. 1957 zu dem Ost-West-Gegensatz (laut AFP):

„Es handelt sich um einen ideologischen Kampf der Religion gegen den Atheismus."

Auch eine Stimme aus Deutschland, weniger verantwortlich, aber doch von Einfluß, möge hier einen Platz finden. Die Zeitschrift „Neues Abendland", das Organ der „Abendländischen Akademie", stellte in einem Aufsatz das heutige „Massenmenschtum" in Gegensatz zu der „Harmonie unter Kreuz und Krone" des Mittelalters und kam dabei zu folgender erschreckenden Schlußfolgerung: Wenn die Menschheit nicht zu dieser Harmonie unter Kreuz und Krone zurückfindet, ist sie reif für den Atomtod! („Neues Abendland", 10. Jahrgang Heft 9 September 1955 Seite 514).

Wir wollen uns auch vor Augen halten, daß nach christlicher Lehre die Welt am „jüngsten Tage" untergeht, um sogleich herrlicher denn je zuvor neu geschaffen zu werden, und daß die Gläubigen, die für würdig befunden werden, in dieser über alle Maßen herrlichen und todfreien Welt ewig in Glück-

seligkeit und göttlicher Harmonie leben werden. Solche Vorstellungen, die auf die „Offenbarung des Johannes", die Apokalypse, zurückgehen und in betonter Form u. a. von den „Zeugen Jehovas" und der „Neuapostolischen Gemeinde" gepflegt werden, in den Köpfen einiger weniger Menschen von Einfluß sind seit der technischen Möglichkeit, alles Leben auf der Erde auszulöschen, eine weit größere Gefahr für die Menschheit als v o r dieser Möglichkeit. (Nach der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 5. 11. 1956 Seite 6 ist Präsident Eisenhowers Mutter eine überzeugte „Zeugin Jehovas".)

Wir verkennen in keiner Weise, daß viele gläubige Christen mit großem Ernst den Atomgefahren entgegentreten. Die Aufrufe der 18 deutschen Atomphysiker und Albert Schweitzers, um nur diese zu nennen, finden unse' wärmste Unterstützung. Doch kommt es darauf, wenn man den Dingen einmal ganz sachlich auf den Grund gehen will, nicht entscheidend an, sondern darauf, daß sowohl dem Christentum und der mosaischen Religion, die im Westen herrschen, genau so wie dem atheistischen Kommunismus der Drang zu der Ausbreitung über die ganze Erde innewohnt. Der Sendungsglaube des Christentums mit seinem Missionsbefehl und seinem Ziel des christlichen Gottesstaates auf Erden, der orthodox-jüdische Glaube mit seinem Ziel de. Errichtung des messianischen Weltreiches und die kommunistische Weltrevolution mit dem Ziel der klassenlosen „vollkommenen" Gesellschaftsordnung erstreben jeder für sich unter Ausschluß der anderen die Beherrschung der Welt unter einer Weltregierung. Die ihrem Einfluß unterliegenden Staatsgruppen beteuern zwar mit allem Nachdruck – im Westen wie im Osten –, ihre Vernichtungsmittel nur zur Verteidigung und niemals für einen Angriff verwenden zu wollen. Blutige Religionskriege der Vergangenheit, der heute immer wieder auftauchende Gedanke eines Kreuzzuges gegen den Bolschewismus und die gewaltsame Unterdrückung eigener und fremder Völker durch die Sowjetunion reden eine andere, sehr deutliche Sprache, die es verhindert, Vertrauen in die Friedensbeteuerungen aufkommen zu lassen. Die beiden großen Mächtegruppen trauen sich jedenfalls gegenseitig nicht und hasten nach einem Rüstungsvorsprung ohne Rücksicht auf die den Völkern damit auferlegten ungeheuren Lasten, unter der Tag für Tag stärker drohen den Entfesselung des Atomkrieges. Das ist der folgerichtige Weg des vo.. Präsident Eisenhower gekennzeichneten „ideologischen Kampfes der Religion gegen den Atheismus".

Bei dieser Betrachtungsweise übersehen wir nicht die aus anderen Ursachen bestehenden Spannungen zwischen Ost und West, seien sie wirtschaftlicher oder sonst welcher Art. Wir sind der Überzeugung, daß sie an Bedeutung von dem Gegensatz der Ideologien weit überschattet werden, in deren Dienst namentlich überstaatlich gelenkte Wirtschaftsmaßnahmen stehen. Von dieser Seite aus ist keine Entspannung zu erwarten, ebenso wenig wie von Gesprächen über Koexistenz, die zur Zeit überhaupt nahezu verstummt sind. Selbst wenn diese einmal ein Ergebnis zeitigen sollten, könnte daraus, solange die ideologischen Gegensätze die Welt beherrschen, keine echte, dauerhafte Entspan-

nung entstehen, die Todesgefahren eines Atomkrieges würden auch dann weiterhin über der Menschheit schweben. Über die westliche „Politik der Stärke" als Mittel der Entspannung angesichts der großen technischen Fortschritte Rußlands auch nur ein Wort zu verlieren, wäre grobe Selbsttäuschung.

Abbau der ideologischen Spannungen

Wenn wir jetzt zu der eingangs gestellten Frage „Gibt es eine Rettung?" zurückkehren, so werden wir am eben Gesagten den Hebel ansetzen und fragen müssen, ob eine Verminderung der tödlichen Gefahren auf dem Wege eines Abbaues der ihnen zu Grunde liegenden ideologischen Spannungen erreichbar erscheint. Der Weg der Gewalt scheidet hierbei von vornherein aus; denn keine Religion, Ideologie oder Weltanschauung läßt sich auf die Dauer durch Gewalt unterdrücken, geschweige denn innerlich überwinden. Das kann nur durch ein neues, den bisher herrschenden Anschauungen geistig überlegenes, religiös begründetes Weltbild geschehen, das kein Streben nach Weltherrschaft kennt. Da erhebt sich auch die Frage, wie es überhaupt in einer christlichen Welt zu einem so bedrohlichen Anwachsen des Atheismus kommen konnte. Offenbar dadurch, daß das christliche Weltbild mit seinen viele hundert Jahre alten Dogmen in einem unüberwindbaren Widerspruch zu unserem heute erreichten Stand des Wissens steht und daher gar nicht in der Lage ist, diesen Wissensschatz geistig zu bewältigen. Das führte im dialektischen Materialismus zu einer einseitigen Überschätzung des wissenschaftlichen Fortschritts unter Leugnung der Wirklichkeit Gottes in der Schöpfung und in der Seele des Menschen, oder mit anderen Worten: Der Anspruch des Christentums, die einzig mögliche Religion zu sein, schlug um in die Verneinung jeder Religion überhaupt, worauf sich dann der kommunistische Gewaltstaat erheben konnte.

Hieraus folgt weiter, daß auch innerhalb der westlichen Welt die religiöse Grundlage morsch geworden ist, was die Gefahren aus der Lagerung zehntausender von Atom- und Wasserstoffbomben noch gewaltig steigert. Denn einerseits wächst die Neigung, das in seinen Grundfesten erschütterte Christentum mit allen Mitteln, auch denen der Gewalt und letzten Endes des Atomkrieges retten zu wollen. Andererseits hat, worauf schon viele Denker hingewiesen haben, das Auseinanderklaffen von Wissenschaft und Religion Gleichgültigkeit in den tiefsten Fragen, Lüge, Heuchelei und krassen Materialismus ungeheuer anschwellen lassen. Der so oft beklagte seelisch-moralische Tiefstand unserer Zeit ist die allen sichtbare Folge. Er wirkt sich in der moralischen Hemmungslosigkeit, mit der die Ehrfurcht gebietenden Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung in der Atomphysik zur Vernichtung der Menschheit mißbraucht werden, tief beklagenswert aus.

Diese morsch gewordene geistige Grundlage sucht man heute in der westlichen Welt durch organisatorische Maßnahmen aller Art, durch Bau von Kirchen und Konfessionsschulen, durch katholische Aktion und übersteigerte christliche Propaganda wieder zu festigen. Und auch Menschen, die sonst das

Wort „Realpolitik" so gerne im Munde führen, lassen sich auf diesem geistigen Gebiete von Illusionen leiten, als ob eine Lehre, die den Absturz in den atheistischen Materialismus nicht verhindern konnte, durch organisatorische Maßnahmen zu retten sei, als ob sie durch solche äußerliche Machenschaften noch einmal in die Tiefe der menschlichen Seele eindringen könnte. Nein, wer einmal vorurteilslos und realistsch darüber nachdenkt, wird unschwer erkennen, daß es heute auf etwas anderes ankommt. Die Lösung liegt und kann nur liegen in einem neuen Weltbild auf neuer religiöser Grundlage, das den verlorenen Einklang von Wissenschaft und Religion wiederherstellt und neue Moralwertungen gibt, zu denen auch die überzeugte Ablehnung von imperialistischen Bestrebungen jeder Art gehört. Allein hier ist der Ausweg aus dem seelisch-moralischen Verfall der Menschheit und der ihr drohenden physischen Vernichtung zu suchen. Einen anderen Weg gibt es nicht! Wer aber weist diesen Weg?

Der Rettungsweg des Hauses Ludendorff

Auf diese schwerwiegende, unsere Zukunft entscheidende Frage geben wir in vollster Überzeugung die Antwort: Den rettenden Weg zeigt das Gedankengut des Hauses Ludendorff, dem die Religionsphilosophie Frau Dr. med. Mathilde Ludendorffs zu Grunde liegt. Nur die auf der Menschheit lastende, unaufhaltsam wachsende Not veranlaßt uns, den Bund für Gotterkenntnis (L) in Tutzing Obb., aus unserer sonst geübten Zurückhaltung herauszutreten und in tiefem Ernst eine breitere Öffentlichkeit, vor allem die verantwortlichen Staatsmänner, Politiker, Wissenschaftler und Soldaten, auf dieses Gedankengut hinzuweisen. Wir missionieren nicht, wir achten jede andere Glaubensüberzeugung, nehmen das Gleiche aber auch für uns in Anspruch und halten es für verwerflich, über das Gedankengut des Hauses Ludendorff abfällig zu urteilen, ohne es zu kennen. Wir sagen den Deutschen: Ein Deutscher schwatzt nicht einfach gläubig Lästerungen nach, sondern er urteilt nur, wenn er sich selbst einen Einblick verschafft hat!

Unserem Bund gehören Deutsche an, welche auf dem Boden der Religionsphilosophie Frau Dr. Mathilde Ludendorffs stehen. In einer zahlreich besuchten Mitgliederversammlung in Tutzing aus Anlaß des 80. Geburtstages der Schöpferin der Gotterkenntnis am 4. 10. 1957 wurde einstimmig dieser Aufruf beschlossen.

Im Rahmen eines Flugblattes ist es natürlich unmöglich, die hier ausgesprochene Überzeugung auch für andere überzeugend zu begründen. Es sei aber, auch auf die Gefahr hin, mißverstanden zu werden, einiges angedeutet. Die in den philosophischen Werken M. Ludendorffs — das erste Werk „Triumph des Unsterblichkeitwillens" erschien im Jahre 1921 — enthaltene Gotterkenntnis baut auf bleibenden Grunderkenntnissen bisheriger Philosophie, namentlich Kants und Schopenhauers, auf und führt diese weiter zur bisher vergeblich erstrebten Synthese, zu einem Einklang von Religion, Philosophie und Wissenschaft. Sie deutet in philosophischer Beweisführung den

heiligen Sinn des Menschenlebens, in seelischer Entfaltung vor dem Tode am Göttlichen teilzuhaben, Gottesbewußtsein in sich zu verwirklichen und in Worten, Taten und Werken auf die Umwelt ausstrahlen zu lassen. Die Deutung des Sinnes des Todesmuß, der angeborenen, aber überwindbaren menschlichen Unvollkommenheit und vieler anderer die Menschheit seit jeher bewegenden Rätselfragen liegt auf diesem Erkenntnisweg. Sie begründet eine hohe, ernste Moral und eine tiefe Verantwortung für die Erhaltung des Lebens des einzelnen Menschen und der Vielfalt aller Völker der Erde als Voraussetzung für die gottgewollte Mannigfaltigkeit in Erfüllung des Schöpfungszieles. Diese Mannigfaltigkeit im Leben aller Völker ist nur in freier Entfaltung der Anlagen eines jeden Volkes aus einer Einheit von Rassebgut und diesem entsprechenden Glauben, in hieraus erwachsenden Lebensformen denkbar. Freiheit des Gotterlebens jedes einzelnen Menschen, Freiheit in seiner Lebensgestaltung bis an die von den menschlichen Gemeinschaften gezogenen sittlichen Grenzen, Pflicht zur Erhaltung und Verteidigung des eigenen Volkes und scharfe Ablehnung aller Bestrebungen, anderen Völkern die eigene Lebensart aufzwingen und sie beherrschen zu wollen, folgen hieraus mit selbstverständlicher Notwendigkeit.

Schon oft wurde der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß Deutschland auf Grund seiner geographischen Lage zwischen den großen Machtblöcken, von ihnen zerrissen und in gegensätzlichen Ideologien beherrscht und gespalten, eine einzigartige Aufgabe als Mittler zwischen Ost und West mit dem Ziel einer Verminderung der ideologischen Weltgegensätze zufalle. Wir vertreten den gleichen Standpunkt und sehen in den soeben kurz angedeuteten Erkenntnissen, die Deutschlands wertvollstes geistiges Erbe zu voller Klarheit führen, die tiefste Begründung und Rechtfertigung einer solchen Mittlerrolle. In ihnen wurzelt auch am tiefsten unser unabdingbares Recht auf Wiederherstellung der Einheit und Freiheit Deutschlands. Sie würde zum Abbau eines der stärksten Spannungsfelder zwischen Ost und West führen und damit unmittelbar dem Weltfrieden dienen!

Wir sind uns ganz klar darüber, daß der von uns gezeigte Weg nicht von heute auf morgen Wandel schaffen kann. Aber es muß endlich ein Anfang damit gemacht werden. Sehr bald würde sich die belebende Kraft der neuen Gedankenwelt günstig auf die Durchsetzung praktischer Maßnahmen zur Entspannung der verkrampften Weltpolitik auswirken. Es wurden schon viele gute Anregungen zur Verminderung der Gegensätze gegeben, z. B. zur Beseitigung der Spaltung Deutschlands, zum Abschluß eines Abkommens zwischen den beiden deutschen Staaten, Polen und der Tschechoslowakei darüber, in ihren Gebieten keine Atomrüstung zu schaffen oder zu dulden, zu einer Befriedung Mitteleuropas nach den Vorschlägen des früheren amerikanischen Botschafters in Moskau George F. Kennan. Doch bleiben alle noch so gründlich durchdachten Anregungen wirkungslos, nicht nur deshalb, weil die heute maßgebenden Politiker, befangen in ihren Ideologien, keinen Schritt zu wirklicher Entspannung zu gehen wagen, sondern auch deshalb, weil praktischen Vorschlägen der genannten Art die Durchschlagskraft einer sie tragen-

den, die herrschenden Ideologien schwächenden, die natürliche Lebensgestaltung der Völker fördernden Weltanschauung fehlt. Jeder erste kleine Schritt im Sinne solcher Weltanschauung kann eine echte Entspannung einleiten. Und wenn erst einmal die neuen Gedanken in Deutschland in aller Öffentlichkeit aufgenommen werden, wird sich sehr bald ihre werbende Kraft in den Völkern des Ostens wie des Westens bemerkbar machen und die Entspannung nach Art einer Kettenreaktion beschleunigen. Nicht zu verantworten ist aber in unserer Zeit höchster Gefahr, achtlos an dem Gedankengut des Hauses Ludendorff vorbeizugehen, es weiterhin mit einem Bann des Totschweigens zu belegen und es damit unserem Volk und den anderen Völkern vorzuenthalten. Im Totschweigen, oder auch im Verdrehen und Verleumden dieser Gedankenwelt sind Ost und West sich einig. Grund genug, über die Ursache solch merkwürdiger Einigkeit nachzudenken! Sie liegt darin, daß jede der genannten, zur Alleinherrschaft strebenden Ideologien sich bedroht fühlt, bedroht nur durch das friedliche Mittel geistiger Aufklärung. Wie lange noch werden friedliebende Menschen aller Völker zögern, sich dieser geistigen Bewegung anzuschließen und sie im Dienste des Weltfriedens weiterzutragen!

In tiefem Ernst wenden wir uns mit unserem Aufruf an alle, die in Regierungen, Parlamenten, Hochschulen und sonst im öffentlichen Leben unmittelbar verantwortlich sind für Leben und Zukunft unseres Volkes und darüber hinaus aller Völker der Erde. In gleicher Eindringlichkeit richten wir unseren Aufruf an jeden Einzelnen, ganz gleich, wo er steht. Denn jeder einzelne Mensch trägt, ob er es sich nun eingesteht oder nicht, ob er sich dahinter verschanzt, doch nichts ändern zu können, eine Mitverantwortung dafür, drohendes Unheil abzuwenden. Wenn aus den Völkern selbst mit allem Nachdruck die Einleitung echter Entspannung mit friedlichen Mitteln gefordert wird, müssen die Regierungen darauf Rücksicht nehmen und sich ebenfalls zu dem Weg des Friedens entschließen. Dann kommt auch die Zeit für eine Beschränkung der Atomrüstungen mit dem Ziel ihrer gänzlichen Beseitigung.

Bund für Gotterkenntnis (L) e. V.

Der Vorstand

Wilhelm Prothmann	Dr. Edmund Reinhard	Dr. Rudolf Sand
Rechtsanwalt	Oberlandesgerichtsrat a. D.	Oberamtsrichter

Vorstehendes 8-Seiten-Flugblatt wurde seit Jahresende 1957 vieltausendfach verbreitet - bis zum polizeilichen "Verbot der Ludendorff-Bewegung" am 25. Mai 1961. Diese rechtlich unmöglichen, d.h. n i c h t i g e n Verbotsmaßnahmen sind endgültig nach 15 1/2 Jahren durch R i c h t e r s p r u c h als unwirksam festgestellt worden. Für mich war dieser Erfolg jahrelang maßgebend auch beim Abwehrkampf gegen erlistete Plutoniumherstellungsgenehmigungen auf dem Rechtsweg. In den bisherigen Reaktorgenehmigungsverfahren wurden die Plutonium=gefahren vorsätzlich verheimlicht. Sie wurden dennoch welt=weit bekannt, als Israel am 7.6.1981 wegen 12 kg Plutonium zum Selbstschutz den Osirak-Reaktor bei Bagdad mit Bombenflug=zeugen angriff. Weitere Verfahren vor Gerichten erübrigen sich seither durch Offenkundigkeit der Nichtigkeit von sit=tenwidrig erschlichenen Plutoniumherstellungsgenehmigungen.

6.Aug.1982 Walther Soyka

Aus der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Vom 21. Oktober 1947 (SaBremR 100-a-1)

Zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. 3. 1973 (GBl. S. 17)

Erschüttert von der Vernichtung, die die autoritäre Regierung der Nationalsozialisten unter Mißachtung der persönlichen Freiheit und der Würde des Menschen in der jahrhundertealten Freien Hansestadt Bremen verursacht hat, sind die Bürger dieses Landes willens, eine Ordnung des gesellschaftlichen Lebens zu schaffen,

in der die soziale Gerechtigkeit, die Menschlichkeit und der Friede gepflegt werden,

in der der wirtschaftlich Schwache vor Ausbeutung geschützt und allen Arbeitswilligen ein menschenwürdiges Dasein gesichert wird.

Erster Hauptteil. Grundrechte und Grundpflichten

Art. 1 [Gebote der Sittlichkeit und Menschlichkeit]. Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung sind an die Gebote der Sittlichkeit und Menschlichkeit gebunden.

Art. 2 [Gleichheit vor dem Gesetz]. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben das Recht auf gleiche wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten.

Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner sozialen Stellung, seiner religiösen oder politischen Anschauungen bevorzugt oder benachteiligt werden.

Art. 3 [Handlungsfreiheit]. Alle Menschen sind frei. Ihre Handlungen dürfen nicht die Rechte anderer verletzen oder gegen das Gemeinwohl verstoßen.

Die Freiheit kann nur durch Gesetz eingeschränkt werden, wenn die öffentliche Sicherheit, Sittlichkeit, Gesundheit oder Wohlfahrt es erfordert.

Niemand darf zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung gezwungen werden, wenn nicht ein Gesetz oder eine auf Gesetz beruhende Bestimmung dies verlangt oder zuläßt.

Art. 4 [Glaubens- und Gewissensfreiheit]. Glaube, Gewissen und Überzeugung sind frei. Die ungehinderte Ausübung der Religion wird gewährleistet.

Art. 5 [Menschenwürde, Freiheit der Person]. Die Würde der menschlichen Persönlichkeit wird anerkannt und vom Staate geachtet.

Die Unverletzlichkeit der Person wird gewährleistet.

Niemand darf verfolgt, festgenommen oder in Haft gehalten werden außer in den Fällen, die das Gesetz bestimmt, und nur in den von ihm vorgeschriebenen Formen.

Jeder Festgenommene ist unverzüglich, spätestens am nächsten Tage, seinem Richter zuzuführen, der ihn zu vernehmen und über seine Freilassung oder Verhaftung zu entscheiden hat. Solange der Beschuldigte sich in Untersuchungshaft befindet, ist jederzeit von Amts wegen darauf zu achten, ob die Fortdauer der Haft zulässig und notwendig ist. Das Gericht muß in Zwischenräumen von zwei Monaten von Amts wegen nachprüfen, ob die Fortdauer der Haft gerechtfertigt ist. Der Grund der Verhaftung ist dem Beschuldigten sofort, auf sein Verlangen auch seinen nächsten Angehörigen von Amts wegen mitzuteilen.

Jede Härte und jeder Zwang, der zur Ergreifung einer Person oder zur Aufrechterhaltung der Haft nicht notwendig ist, ist verboten. Ebenso ist jeder körperliche oder geistige Zwang während des Verhörs unzulässig.

Der Beschuldigte kann sich in jeder Lage des Verfahrens des Beistandes eines Verteidigers bedienen.

Wer Maßnahmen anordnet oder ausführt, die die Bestimmungen dieses Artikels verletzen, ist persönlich dafür verantwortlich.

Art. 6 [Grundrechte im Strafprozeß]. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.

Ausnahmegerichte und Sonderstrafgerichte sind unzulässig.

Ein Beschuldigter gilt so lange als nicht schuldig, als er nicht von einem ordentlichen Gericht verurteilt worden ist.

Art. 7 [Grundrechte im Strafrecht]. Eine Handlung kann nur dann mit Strafe belegt werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde. Gilt zur Zeit der gerichtlichen Entscheidung ein milderes Gesetz als zur Zeit der Tat, so ist das mildere Gesetz anzuwenden.

Niemand darf wegen derselben Tat mehr als einmal gerichtlich bestraft werden.

Eine strafrechtliche Sippenhaftung ist unzulässig.

Art. 8 [Recht auf Arbeit, freie Berufswahl]. Jeder hat die sittliche Pflicht zu arbeiten und ein Recht auf Arbeit.

Jeder hat das Recht, seinen Beruf frei zu wählen.

Art. 9 [Treuepflicht, Ehrenämter]. Jeder hat die Pflicht der Treue gegen Volk und Verfassung. Er hat die Pflicht, am öffentlichen Leben Anteil zu nehmen und seine Kräfte zum Wohle der Allgemeinheit einzusetzen. Er ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, Ehrenämter anzunehmen.

Art. 10 [Hilfspflicht bei Notständen]. Bei Unglücksfällen, Notständen und Naturkatastrophen besteht eine allgemeine Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung.

Art. 11 [Freiheit von Kunst und Wissenschaft]. Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei.

Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil.

Art. 12 [Schutz des Menschen gegenüber Technik und Maschine]. Der Mensch steht höher als Technik und Maschine.

Zum Schutz der menschlichen Persönlichkeit und des menschlichen Zusammenlebens kann durch Gesetz die Benutzung wissenschaftlicher Erfindungen und technischer Einrichtungen unter staatliche Aufsicht und Lenkung gestellt sowie beschränkt und untersagt werden.

Art. 13 [Eigentum, Erbrecht, Enteignung]. Eigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft. Sein Gebrauch darf dem Gemeinwohl nicht zuwiderlaufen. Unter diesen Voraussetzungen werden Eigentum und Erbrecht gewährleistet.

Eigentum darf nur zu Zwecken des Gemeinwohls, auf gesetzlicher Grundlage und, vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 44, nur gegen angemessene Entschädigung entzogen werden.

Art. 14 [Anspruch auf Wohnung, Unverletzlichkeit der Wohnung]. Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Es ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die Verwirklichung dieses Anspruchs zu fördern.

Die Wohnung ist unverletzlich. Zur Bekämpfung von Seuchengefahr und zum Schutz gefährdeter Jugendlicher können die Verwaltungsbehörden durch Gesetz zu Eingriffen und zu Einschränkungen ermächtigt werden.

Durchsuchungen sind nur in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen und Formen zulässig. Die Anordnung von Durchsuchungen steht dem Richter und nur bei Gefahr im Verzuge oder bei Verfolgung auf frischer Tat auch der Staatsanwaltschaft oder ihren Hilfsbeamten zu; eine von der Staatsanwaltschaft oder ihren Hilfsbeamten angeordnete Durchsuchung bedarf jedoch der nachträglichen Genehmigung des Richters.

Art. 15 [Freie Meinungsäußerung, Postgeheimnis, Zensurverbot]. Jeder hat das Recht, im Rahmen der verfassungsmäßigen Grundrechte seine Meinung frei und öffentlich durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise zu äußern. Diese Freiheit darf auch durch ein Dienstverhältnis nicht beschränkt werden. Niemandem darf ein Nachteil widerfahren, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.

Eine Zensur ist unstatthaft.

Wer gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Jugend verletzt, kann sich nicht auf das Recht der freien Meinungsäußerung berufen.

Das Postgeheimnis ist unverletzlich. Eine Ausnahme ist nur in einem Strafverfahren, in den vom Gesetz vorgeschriebenen Fällen und Formen und auf Grund einer richterlichen Anordnung zulässig. Bei Gefahr im Verzuge können auch die Staatsanwaltschaft und ihre Hilfsbeamten eine Beschlagnahme von Postsachen anordnen.

Das Recht, sich über die Meinung anderer zu unterrichten, insbesondere durch den Bezug von Druckerzeugnissen und durch den Rundfunk, darf nicht eingeschränkt werden.

Art. 16 [Versammlungsfreiheit]. Das Recht, sich friedlich und unbewaffnet zu versammeln, ohne daß es einer Anmeldung oder Erlaubnis bedürfte, steht allen Bewohnern der Freien Hansestadt Bremen zu.

Versammlungen unter freiem Himmel können durch Gesetz anmeldepflichtig gemacht werden. Bei unmittelbarer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit können sie durch die Landesregierung verboten werden.

Art. 17 [Vereinigungsfreiheit]. Das Recht, sich zu gesetzlich zulässigen Zwecken zu Vereinen oder Gesellschaften zusammenzuschließen, steht allen Bewohnern der Freien Hansestadt Bremen zu.

Durch Gesetz sind Vereinigungen zu verbieten, die die Demokratie oder eine Völkerverständigung gefährden.

Art. 18 [Freizügigkeit, Auswanderungsfreiheit]. Das Recht der Freizügigkeit und der Auswanderung ins Ausland steht jedem Bewohner der Freien Hansestadt Bremen zu.

Art. 19 [Widerstandspflicht]. Wenn die in der Verfassung festgelegten Menschenrechte durch die öffentliche Gewalt verfassungswidrig angetastet werden, ist Widerstand jedermanns Recht und Pflicht.

Art. 20 [Unzulässige Verfassungsänderungen, Bindung an die Grundrechte]. Verfassungsänderungen, die die in diesem Abschnitt enthaltenen Grundgedanken der allgemeinen Menschenrechte verletzen, sind unzulässig.

Die Grundrechte und Grundpflichten binden den Gesetzgeber, den Verwaltungsbeamten und den Richter unmittelbar.

Artikel 1 und Artikel 20 sind unabänderlich.

Zweiter Hauptteil. Ordnung des sozialen Lebens

1. Abschnitt. Die Familie

Art. 21 [Ehe und Familie]. Ehe und Familie bilden die Grundlage des Gemeinschaftslebens und haben darum Anspruch auf den Schutz und die Förderung des Staates.

Art. 22 [Gleichberechtigung]. Mann und Frau haben in der Ehe grundsätzlich die gleichen bürgerlichen Rechte und Pflichten.

Die häusliche Arbeit der Frau wird der Berufsarbeit des Mannes gleichgeachtet.

Art. 23 [Erziehungsrecht]. Die Eltern haben das Recht und die Pflicht, ihre Kinder zu aufrechten und lebenstüchtigen Menschen zu erziehen. Staat und Gemeinde leisten ihnen hierbei die nötige Hilfe.

In persönlichen Erziehungsfragen ist der Wille der Eltern maßgebend.

Das Erziehungsrecht kann den Eltern nur durch Richterspruch nach Maßgabe des Gesetzes entzogen werden.

Art. 24 [Gleichstellung unehelicher Kinder]. Eheliche und uneheliche Kinder haben den gleichen Anspruch auf Förderung und werden im beruflichen öffentlichen Leben gleich behandelt.

Art. 25 [Schutz der Jugend]. Es ist Aufgabe des Staates, die Jugend vor Ausbeutung und vor körperlicher, geistiger und sittlicher Verwahrlosung zu schützen.

Fürsorgemaßnahmen, die auf Zwang beruhen, bedürfen der gesetzlichen Grundlage.

2. Abschnitt. Erziehung und Unterricht

Art. 26 [Erziehungsziele]. Die Erziehung und Bildung der Jugend hat im wesentlichen folgende Aufgaben:

1. Die Erziehung zu einer Gemeinschaftsgesinnung, die auf der Achtung vor der Würde jedes Menschen und auf dem Willen zu sozialer Gerechtigkeit und politischer Verantwortung beruht, zur Sachlichkeit und Duldsamkeit gegenüber den Meinungen anderer führt und zur friedlichen Zusammenarbeit mit anderen Menschen und Völkern aufruft.
2. Die Erziehung zu einem Arbeitswillen, der sich dem allgemeinen Wohl einordnet, sowie die Ausrüstung mit den für den Eintritt ins Berufsleben erforderlichen Kenntnissen und Fähigkeiten.
3. Die Erziehung zum eigenen Denken, zur Achtung vor der Wahrheit, zum Mut, sie zu bekennen und das als richtig und notwendig Erkannte zu tun.
4. Die Erziehung zur Teilnahme am kulturellen Leben des eigenen Volkes und fremder Völker.

Art. 27 [Recht auf Bildung]. Jeder hat nach Maßgabe seiner Begabung das gleiche Recht auf Bildung.

Dies Recht wird durch öffentliche Einrichtungen gesichert.

Art. 28 [Staatliche Schulaufsicht]. Das Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

Art. 29 [Privatschulen]. Privatschulen können auf Grund staatlicher Genehmigung errichtet und unter Beobachtung der vom Gesetz gestellten Bedingungen betrieben werden. Das Nähere bestimmt das Gesetz unter Berücksichtigung des Willens der Erziehungsberechtigten.

Art. 30 [Schulpflicht]. Es besteht allgemeine Schulpflicht.

Das Nähere bestimmt das Gesetz. . . .

Wir gehen den klassischen Reformweg



Bürgermeister von Dohnanyi bezeichnete die Entscheidung des Senats als eine „Politik großer Vorsicht". Wichtigstes Ziel ist zunächst, die Risiken in der Energieversorgung zu streuen. . . .

Dohnanyi: „Die Energiepolitik der frühen siebziger Jahre war voll auf Kernenergie ausgerichtet". Dohnanyi weiter: „Wir gehen den klassischen Reformweg. Aber er ist schwer zu erläutern gegenüber denjenigen, die gerne Sprünge machen." Was die HEW betrifft, sagte der Bürgermeister: „Die haben ihre Meinung zur Kernenergie sicher nicht geändert. Ihre Meinung zu unserem Energiekonzept aber sehr wohl."

MORGENPOST • 28. April 1982

WESER-KURIER
TAGESZEITUNG

Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) bekräftigte jedoch nach dem Abschluß der Verhandlungen mit den HEW'das Ziel des Senats, Hamburg durch das angestrebte Konzept der Wärme-Kraft-Koppelung und den Bezug von Strom aus anderen Energiequellen langfristig von Energie aus Brokdorf unabhängig zu machen. Sollte dies gelingen, wolle der Senat Anteile der Hamburger Beteiligung am Kernkraftprojekt aufgeben. Über Zeitpunkt und Ausmaß des dann möglichen Rückzugs aus der Brokdorf-Beteiligung machte Dohnanyi noch keine Angaben.

Seite 2 • Mittwoch, 28. April 1982

19 Kohle-Kraftwerke im Bau

Frankfurt (dpa/vwd). Die zur Zeit in der Bundesrepublik im Bau befindlichen 19 Steinkohle-Kraftwerke sollen bis 1986 ans Netz gehen. Wie die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) mitteilte, haben sie eine Leistung von zusammen rund 7000 Megawatt (MW). Elf Anlagen werden neben Strom auch Wärme liefern. Derzeit stellen Steinkohle-Kraftwerke und Mischfeuerungsanlagen mit 21 000 MW fast ein Drittel der Kraftwerke der öffentlichen Versorgung.

Seite 4 8. Juni 1982

Gewiß – prinzipiell wollen die AL-Abgeordneten keineswegs Urteile mißachten. Beim Arbeitsschutzrecht und in anderen Bereichen gebe es Gerichtsentscheidungen, die großen Wert haben. Aber ein Gesetz wie der Paragraph 218 in der früheren Fassung habe Hunderttausende von Frauen in die Illegalität gedrängt; in solchen Fällen will die AL auf der Seite derer stehen, die sich zu ungesetzlichen Handlungen bekennen. Nach ihrer Ansicht ist es gerade die Justiz, die gesellschaftliche Entwicklungen immer zuletzt nachvollzieht. In fünf Jahren, so meint die AL, werde vermutlich auch die Besetzung eines seit langem leerstehenden Hauses nicht mehr als Hausfriedensbruch bewertet. Deshalb gebe es keine allgemeingültige Antwort auf die Frage, ob man Gerichtsentscheidungen respektieren müsse. . . .

In einer Debatte des Berliner Abgeordnetenhauses sagte Hans-Jochen Vogel dieser Tage, die Alternative Liste müsse sich entscheiden, ob sie eine politische Kraft mit dem Ziel evolutionärer Veränderungen sein oder eine extreme Außenseiterposition einnehmen wolle, „die niemals politikfähig, geschweige denn mehrheitsfähig sein wird". Ohne eine klare Ablehnung der Gewalt sieht er die AL in parlamentarischer Isolierung und im politischen Abseits landen. Der FDP-Abgeordnete Rasch nahm die AL ins Gebet, weil sie sich zwar von der Gewalt, aber nicht von den Gewalttätern distanziert: „Das halten Sie nicht aus, und das hält der Bürger im Kopf nicht aus."

S. 6 DIE ZEIT – Nr. 28 – 9. Juli 1982

KOMMENTAR ZU Artikel 12

Der Mensch steht höher als Technik und Maschine.
Zum Schutz der menschlichen Persönlichkeit und des menschlichen Zusammenlebens kann durch Gesetz die Benutzung wissenschaftlicher Erfindungen und technischer Einrichtungen unter staatliche Aufsicht und Lenkung gestellt sowie beschränkt und untersagt werden.

Dieser Artikel ist eine bremische Besonderheit. Er läßt unter den angegebenen Voraussetzungen ausdrücklich einen Eingriff in die Freiheit der menschlichen Persönlichkeit sowie in das Eigentum und andere Rechte zu.

Gewiß ist es nach dem Grundgesetz, etwa nach Artikel 2 Abs. 2 Satz 3 und nach Artikel 14 Abs. 1 und 2 des Grundgesetzes, sowie nach anderen Bestimmungen der Bremischen Verfassung, etwa nach Artikel 3 Abs. 1 Satz 2 und nach Abs. 2 auch ohne die Sonderbestimmung des Artikels 12 zulässig, zum Schutz der menschlichen Persönlichkeit und des menschlichen Zusammenlebens die Benutzung wissenschaftlicher Erfindungen und technischer Einrichtungen unter staatliche Aufsicht und Lenkung zu stellen oder zu beschränken und zu untersagen.

Auch geben einige deutsche Landesverfassungen wohl unter allgemeinen Gesichtspunkten das Recht zu entsprechenden Eingriffen. So die Verfassung von Bayern nach Artikel 101 (Freiheit, innerhalb der Schranken der Gesetze und der guten Sitten alles zu tun, was andern nicht schadet) und nach Artikel 103 Abs. 2 (Eigentumsordnung und Eigentumsgebrauch haben auch dem Gemeinwohl zu dienen) und die Verfassung von Rheinland-Pfalz nach Artikel 52 Abs. 2 (Grenzen der wirtschaftlichen Freiheit in der Rücksicht auf die Rechte des Nächsten und auf die Erfordernisse des Gemeinwohls) und nach Artikel 60 Abs. 2 (Gebrauch des Eigentums darf nicht dem Gemeinwohl zuwiderlaufen).

Bei der Bedeutung, die neuerdings wissenschaftliche Erfindungen und technische Einrichtungen bekommen haben, und bei der ungeheuren Gefahr für andere und für die Allgemeinheit, die unter Umständen mit der Benutzung solcher Erfindungen und technischen Einrichtungen verbunden ist, schien es geboten, für solche Fälle in der Verfassung selbst die Rechte des Staates zweifelsfrei festzulegen, zumal da das Grundgesetz bei Schaffung und Erlaß der Bremischen Verfassung noch nicht vorhanden war. Die Bestimmung ist auch nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes in Bremen geltendes Recht geblieben.

In dies Rechtsgebiet gehört auch das Bundesgesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 23. Dezember 1959 (BGBl. I S. 813), durch das die Zuständigkeit des Bundes auf die „Erzeugung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken" ausgedehnt ist (Artikel 74 N 11 a des Grundgesetzes).

THEODOR SPITTA

KOMMENTAR ZUR BREMISCHEN VERFASSUNG

Zwietracht war stets der Deutschen unheilvolles Zeichen - Einigkeit ihr ewig unerfüllter Traum

Rechtsanwalt Engelhardt (Nürnberg) verbreitet über mich seit Jahren Unwahrheiten. Ich habe sie bereits im Juli 1979 auf dem Klägertreffen in Hofheim/Ts. w i d e r l e g t . Vorher bot ich ihm für das Hofheimer Treffen freies Rederecht an, sowie Gelegenheit zur Vorlage von Beweisen oder zur Nennung von Zeugen. Er blieb dennoch fern. Der hier verkleinert abgedruckte Engelhardt-Brief vom 12.3.1981 ist eines Rechtsanwaltes unwürdig: er enthält die alten Verunglimpfungen sowie falsche Rechtsauskünfte. Wer sich über mich unterrichten will, lese das hier mitfolgende Januar-Heft 1981 "Der Rechtsweg" (Nr. 8a) oder komme als Zuhörer zur Gerichtsverhandlung am 26. Oktober 1982 nach M a y e n bei Koblenz, St. Veitstraße 38.

Walther Soyka

Eberhard Engelhardt
Rechtsanwalt
Volker-Coitor-Straße 13
8500 Nürnberg

Nürnberg, den 12.3.81.

Herrn Dr. Amsel
Kastell-Str.13

75 Karlsruhe 41

Betreff: Kostenfestsetzungsantrag der Kieler Rechtsanwälte

Sehr geehrter Herr Dr. Amsel!

Auch Sie sind leider -wie etwa 2000 andere- ein paar Scharlatanen -um nicht zu sagen Verbrechern- zum Opfer gefallen. Mir liegt nun bereits ein halbes Dutzend solcher Fälle vor. Darunter auch der Fall von Soykas Schwager, Herrn Hölbling, den sie auch mi$ßbraucht haben.

Ich kann Ihnen nur raten, was ich Herrn Hölbling auch geraten habe: dem Kostenfestsetzungsantrag widersprechen unter Darstellung, auf welche Weise Sie von den beiden Gaunern in das Verfahren hineingelogen worden sind, und die Gegenanwälte zu bitten, daß sie ihre Kosten bei einem anderen Kläger beitreiben, am besten bei den beiden Schwindlern selbst oder deren Angehörigen, falls sie diese überhaupt an dem Verfahren beteiligt haben und das Risiko von vornherein auf andere abwälzten.*

Soyka ist geisteskrank, wie er mir vor Jahr und Tag selbst schrieb, hat er in Wien mit einer Sauna mit philosophischen Diskussionen Pleite gemacht, wurde wegen betrügerischer Krida angeklagt und in Haft k genommen. 2 Fachpsychiater erklärten ihn für geisteskrank. Als er deshalb aus der Haft entlassen wurde, deutete er das dahin, seine Schuldlosigkeit und die Unzulässigkeit der Haft hätten sich erwiesen. Er spinnt halt.

Dagegen ist Bohlinger voll verantwortlich. Dieser Erzbetrüger hat meine Unterschrift zu Werbezwecken mißbraucht. Als ich das in den mir zugänglichen Zeitschriften veröffentlicht habe, ließ er mir durch Anwälte schreiben und mich zum Widerruf auffordern! Erst als ich diesen die Gaunerei aufzeigte, trat Ruhe ein.

Der Kostenfestsetzungsantrag der Kieler Anwälte geht in Ordnung, auch bezüglich der Erhöhung gemäß § 6 BRAGO. Der lautet:

"Mehrere Auftraggeber:
(1) Wird der RA in derselben Angelegenheit für mehrere Auftraggeber tätig, so erhält er die Gebühren nur einmal. Ist der Gegenstand der anwaltlichen Tätigkeit derselbe, so erhöhen sich die Geschäftsgebühr (§ 118 Abs.1 Nr.1) und die Prozeßgebühr (§ 31 Nr.1) durch jeden weiteren Auftraggeber um drei Zehntel...

Auch der Höhe nach sind die Kosten korrekt berechnet. Ich vermute, daß in dem von Ihnen berichteten Fall nur die Prozeßgebühr angefallen ist, weil der dortige Kläger vorzeitig ausstieg, nicht aber die Verhandlungs- und die Beweisgebühr.

* In Ihrer Steellungnahme zum Kostenfestsetzungsantrag müßten Sie die Vollmacht wegen arglistiger Täuschung durch die beiden Halunken anfechten gemäß § 123 BGB.

Mit den besten Wünschen und freundlichen Grüßen. [Unterschrift] RA

Ihr

Druckfehler bitte ausbessern:

Bitte im RECHTSWEG Nr. 8a auf Seite 621 in der Zeile 7 und 10 von unten als richtiges Datum einsetzen: 15. Mai 1973.

Der Kernenergieindustrie ist die Politik des Deutschen Atomforums bei der Durchsetzung der Atomenergie seit längerem zu lasch. Ein Wunder ist das allerdings nicht, da das Forum auf Mitglieder aus Politik, Wirtschaft, Industrie und Wissenschaft gleichermaßen Rücksicht nehmen muß. Bei der Industrie gewinnt nun die Idee Befürworter, einen eigenen schlagkräftigen Verband Kernenergie zu gründen, weil die Interessen dieses Industriezweiges so besser zur Geltung kommen können.

Beim Deutschen Atomforum weiß derzeit freilich niemand genau über das künftige Schicksal des Forums Bescheid, dessen Existenz in Frage gestellt wäre, wenn sich die finanzstarken Industriemitglieder zurückzögen.

DIE ZEIT — 19. März 1982 S.18

Ein Pole betritt eine Bank. „Ich habe hundert Zlotys", sagt er. „Wie kann ich sie am sichersten anlegen?"

„Geben Sie das Geld auf die Bank", meint der Angestellte.

„Und wenn die Bank zusammenbricht?" fragt der Pole.

„Wenn die Bank pleite macht", beruhigt ihn der Angestellte, „dann garantiert die Bankbehörde, daß Sie Ihr Geld zurückbekommen."

„Und wenn die Bankbehörde pleite geht?"

„Dann garantiert Ihnen das polnische Finanzministerium Ihr Geld!"

„Und wenn das Finanzministerium pleite geht?"

„Dann bekommen Sie Ihr Geld von der Regierung zurück."

„Und wenn die Regierung pleite geht?"

„Dann garantiert die befreundete Sowjet-Union dafür, daß Sie Ihr Geld wiederbekommen."

„Und was ist, wenn die Sowjet-Union pleite geht?"

„Sie Schweinehund. Sie wollen doch nicht etwa behaupten, daß Ihnen das nicht mickrige hundert Zlotys wert wäre?"

DER SPIEGEL Nr. 29 vom 19.7.1982

Für die Herstellung dieses Heftes und dessen Versand auch an über 500 Bundestagsabgeordnete und an mehr als 1500 Bürgerinitiativen

Spenden erbeten auf das Postscheckkonto, PSchA Hannover:

Institut für biologische Sicherheit, Bremen, Nr. 2140 40-301

oder **Gesellschaft für biologische Sicherheit - Archiv für Volkserhaltung und Staatsethik , Bremen 3898 88 — 306**

Überprüfen Sie die Höhe Ihres etwaigen Kirchenbeitrages und bemessen Sie Ihre Spende danach, damit unsere Nachkommen nicht in einer Plutoniumwelt zu leben haben. Vorrang für gesundes Leben!

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Absolv. rer. pol. Walther Soyka, wissenschaftlicher Leiter des Archivs und Instituts für biologische Sicherheit, D 2800 Bremen 1, Wendtstraße 22, Ruf: 04 21 / 76 9 76.

Verleger ist die als Freundes- und Bekennerkreis tätige Weltanschauungsgemeinschaft „Forum Humanum — Hartmut-Gründler-Klägerverband für Volksgesundheit und biologische Sicherheit", D 2800 Bremen 1, Wendtstraße 22, Ruf: C4 21 / 76 9 76. Eigendruck

Die Wahrheit siegt! Gewiß sie siegt! Doch wann und wie sie dies vermag, darüber bestimmst du mit und du allein, nicht die Gegner!

Mathilde Ludendorff +



Walther Soyka und Nicoll de Bruin-Soyka mit Kindern Edgar und Friederike am 4.Juni 1982 auf dem Wendlandplatz in Bremen

---

Aus einem Briefe:

„Wer für den Sieg der Wahrheit kämpft, ist Idealist, aber er sollte kein fahrlässiger Idealist sein! Alle die allmächtigen Gegner versuchen vor allem, ihn wirtschaftlich zum Scheitern zu bringen. Die ernste Arbeit gründlicher wirtschaftlicher Unterlagen für alles, was er unternimmt, gewissenhafteste Berechnung der Möglichkeiten aller seiner Schritte ist unerläßlich. Und wenn er sagt, „das ist mir zu nüchtern, dafür bin ich viel zu sehr Idealist", so ist ihm zu antworten: Nein, du bist es zu wenig, um dies notwendige Opfer auf dich zu nehmen, und wirst zur Freude der Gegner des Sieges der Wahrheit in kürzester Frist wirtschaftlich zusammenbrechen!

Mathilde Ludendorff." ×

+Quell, 19.10.1933, Folge 9, Seite 222
×Quell, 9.4.1952, Folge 7, Seite 325